

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



Freundliche Biden-Maske, wütende Trump-Maske, gleiches System. Quelle: zVg.

Trump wird US-Präsident

Imperialismus ohne Maske

Donald Trumps Rückkehr ins Weisse Haus markiert einen deutlichen Wendepunkt der internationalen Beziehungen. Während frühere Regierungen ihre globalen Machtansprüche oft hinter diplomatischen Fassaden versteckten, betreibt Trump Weltpolitik mit offenem Zwang und Gewalt. Ob Panama, Grönland oder Ukraine – wirtschaftliche Erpressung und militärische Drohungen werden der verdeckten Einflussnahme vorgezogen. Die USA zeigen ihr wahres Gesicht als dominierende Militär- und Finanzmacht.

Von Tarek Idri

Seit einigen Wochen ist Donald Trump wieder Präsident der Vereinigten Staaten. Nach dem klaren Sieg bei den Wahlen im November wurde Trump unter dem Beifall des US-Geldadels zum Staatsoberhaupt der führenden Militärmacht der Welt gekrönt. Unglaubliche 200 Millionen Dollar spendeten die Grosskonzerne Amazon, Meta, Uber, Google und Co. für die Feierlichkeiten zur Amtseinführung. Zur gleichen Zeit haben Tausende Menschen in Kalifornien durch Waldbrände ihre Wohnung verloren und Millionen Amerikaner:innen können aufgrund der Inflation nicht mehr die nächste Miete bezahlen, stehen wegen immensen Gesundheitskosten vor dem finanziellen Ruin oder sind aufgrund ihrer Hautfarbe von Polizeiterror bedroht.

Ohne vorgetäuschte Moral

Trump ist wie sein Vorgänger ein Vertreter der Superreichen, der Banken und Grosskonzerne. Was ihn jedoch deutlich unterscheidet, ist sein Politikstil. Mit Trump ist eine andere Art von Politiker an die Macht gelangt. Er vertritt die imperialistischen Interessen der Megareichen ohne Maske. Ohne Umschweife, ohne Beschönigung, ohne jegliche vorgetäuschte Moral übt Trump seine Macht aus, hier treten die Geschäftsinteressen des Grosskapitals unverhüllt ans Tageslicht. Softpower, diplomatische Spielchen, verdeckte Einflussnahme; darauf kann Trump verzichten, denn er weiss, dass die USA noch (!) über

die ökonomischen und militärischen Mittel verfügen, dem Rest der Welt den eigenen Willen aufzuzwingen. Diplomatische Fassaden sind aufgrund der Stellung der USA im Welt-system nicht wirklich nötig (und kosten viel Geld und Zeit). Mit Trump an der Spitze sind die USA übergegangen von mehrheitlich subtiler zur direkten Machtausübung, Gewalt wird offen als Mittel der Politik praktiziert.

Grönland fest im Griff

Trump machte Schlagzeilen, noch bevor er das Präsidentenamt übernommen hatte. Er kündete an, Grönland und den Panamakanal annekieren zu wollen, falls nötig, durch die Anwendung von «militärischem und ökonomischem Zwang». Dies sei notwendig für die «ökonomische Sicherheit» der USA. Der neue US-Machthaber versties damit direkt gegen Völkerrecht und die UNO-Charta, welche die Androhung von Gewalt in der internationalen Politik verbietet. Ob Trump seine Ankündigung tatsächlich irgendwann einmal Wirklichkeit werden lässt, sei dahingestellt. In beiden Fällen wird die blossе Absichtserklärung, Gewalt einzusetzen, dazu führen, dass die USA die Kontrolle über diese Gebiete verstärken kann. Sowohl Grönland und Panama gehören bereits zur Einfluss-sphäre der USA. Auf Grönland steht eine US-Militärbasis, die mit Radar- und Frühwarnsystemen ausgestattet ist; die Insel ist als Kolonie Dänemarks auch in die NATO eingebunden. Für

die Abwehr von potenziellen Angriffen aus Russland auf die USA ist das Gebiet geostrategisch besonders wichtig, weil die kürzeste Flugstrecke von Raketen von Russland zum Osten der USA (und umgekehrt) über Grönland führt. Im Gespräch mit der FAZ bestätigte der dänische Militär-experte Peter Viggo Jakobsen: «Bisher haben die USA in Grönland militärisch weitgehend bekommen, was sie wollten, indem sie nett gefragt haben.» Warum also die unhöflichen Annexionsdrohungen? Möglicherweise locken die reichen Bodenschätze, die unter Grönlands Eis liegen und durch den Klimawandel leichter zugänglich werden. Ob Trumps Pläne im hohen Norden umgesetzt werden oder nicht, ihre blossе Verkündung zeigte bereits Wirkung. Der dänische Verteidigungsminister erklärte wenige Tage später, dass Dänemark «bereit sei, Gespräche mit dem neuen US-Präsidenten zu führen, um die legitimen amerikanischen Interessen zu sichern». Die US-amerikanische Vorherrschaft über Grönland konnte also erfolgreich vertieft werden.

Panama unter Kontrolle

In Panama lief es ähnlich ab. Der Panama-Kanal ist für die US-Wirtschaft und -Armee von hoher Bedeutung, da es sich um die schnellste Verbindung von der US-Ostküste nach Ostasien handelt. 40 Prozent aller US-Containerschiffe durchqueren den Kanal und transportieren dabei Frachtwerte von fast 300 Milliarden Dollar pro Jahr. 74 Prozent aller Schiffe, die den Kanal jährlich durchqueren, haben die USA als Startpunkt oder Zielort. Erst seit 1977 darf Panama seinen Kanal unabhängig von den USA verwalten und betreiben, wobei sich die USA das Recht sicherten, militärisch zu intervenieren, falls es zu einer Störung des Betriebs oder zum Verlust seiner Neu-

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

Syrien-Krieg: Sturmreif geschossen	2
Israels hybride Kriegsführung	5
Solidarität mit Kuba	6
Westsahara: Zwischen Völkerrecht und Verrat	8
Boomende Rüstungsindustrie	9
Was sind Pazifist:innen?	11
50 Jahre Befreiung von Südvietnam	12

Frieden für Syrien!

Der seit 2011 andauernde Krieg in Syrien hat eine überraschende Wendung genommen: Die syrische Regierung unter Baschar al-Assad wurde gestürzt, und der Präsident floh nach Moskau. Die zukünftige Regierung wird voraussichtlich von extremistischen, dschihadistischen Kräften geprägt sein, was die religiöse und ethnische Spaltung des Landes verstärken könnte.

Ende November starteten dschihadistische Gruppen eine militärische Offensive und eroberten innerhalb von wenigen Tagen grosse Teile des Landes. Die wichtigste Gruppe, Hayat Tahrir al-Scham (HTS), steht mit Al-Qaida in Verbindung und kämpfte im Norden mit der von der Türkei unterstützten Syrischen Nationalarmee. Im Süden unterstützten Milizen, darunter die von den USA gesponserte «Revolutionäre Kommandoarmee», die Offensive. Israel ist völkerrechts-

widrig in syrisches Staatsgebiet eingedrungen.

Syrien ist nun in verschiedene Gebiete aufgeteilt, die von Oppositionsgruppen kontrolliert werden. Es bleibt unklar, ob diese Gruppen eine Regierung bilden und einen demokratischen Übergang einleiten können oder ob das Land weiterhin von Konflikten geprägt sein wird.

Die Schweizerische Friedensbewegung hofft auf eine schnelle politische Lösung und fordert, dass die Zukunft Syriens von den Syrer:innen selbst bestimmt wird, nicht von den USA, der Türkei und Israel, die sich völkerrechtswidrig in den syrischen Konflikt einmischen. Zudem fordern wir die sofortige Unterbindung von direkten und indirekten Waffenexporten aus der Schweiz nach Syrien und die Aufhebung der Sanktionen.

Schweizerische Friedensbewegung



1. Mai-Demonstration

Gemeinsam gegen Krieg und Faschismus!

Vor 80 Jahren endete der Zweite Weltkrieg mit dem Sieg über den Nazi-Faschismus. Millionen fielen dem Krieg zum Opfer. Heute nimmt die Gefahr eines neuen, dritten Weltkriegs wieder zu. Im Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten stehen sich mit Atomwaffen ausgerüstete Grossmächte gegenüber. Jede weitere Eskalation könnte eine atomare Auseinandersetzung provozieren.

Gleichzeitig erstarken rechtsextreme Parteien und Persönlichkeiten in Europa und in den USA. Faschistische Ideologien breiten sich aus – und mit ihnen Hass, Ausgrenzung und Gewalt.

Der 1. Mai 2025 steht in Zürich unter dem Motto «Gemeinsam gegen Krieg und Faschismus». Wir rufen alle Demokrat:innen, Friedensbewegten und Antifaschist:innen auf: Lasst uns auf die Strasse gehen und gemeinsam ein starkes Zeichen für den Frieden setzen.

- Für Diplomatie und Friedensverhandlungen statt Eskalation!
- Gegen Aufrüstung und Waffenlieferungen!
- Gegen den Faschismus und für eine solidarische Gesellschaft!

Datum: 1. Mai 2025

Ort: Helvetiaplatz, Zürich, beim Brunnen

Uhrzeit: 10.00h

Syrien-Krieg

Sturmreif geschossen

Zwölf Jahre Krieg, Sanktionen und geopolitische Machtspiele – am Ende fiel Syrien fast widerstandslos in die Hände der islamistischen Miliz HTS. Die USA jubeln, Israel profitiert, doch was bedeutet das für die Zukunft des Landes?

Von Manfred Ziegler

Vor sieben Jahren setzte das FBI bis zu 10 Millionen US-Dollar auf den Kopf von Mohammed al-Jolani aus – tot oder lebendig. Heute gilt der Chef der terroristischen al-Nusra-Front, heute der Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS), als Befreier Syriens. Wie ein Kartenhaus brach der syrische Widerstand zusammen. Aleppo, Hama, Homs, Deraa – eine Stadt nach der anderen fiel in die Hände der HTS oder der von der Türkei kontrollierten FSA («Freie Syrische Armee»). Die Offensive der HTS ähnelte dem Blitzkrieg des IS, der vor zehn Jahren weite Teile des Irak eroberte. Am Ende fiel am 8. Dezember auch die Hauptstadt widerstandslos. Der gestürzte Präsident Baschar al-Assad verliess Damaskus. Israel jubelt. Die Hamas gratulierte den Syrern.

Pragmatischer Islamist

Noch am Abend vor dem Fall von Damaskus hatten sich die Vertreter der «Garantiestaaten» im Astana-Prozess (Türkei, Russland und Iran) mit Vertretern Ägyptens, Jordaniens und des Irak getroffen. Sie beschlossen, dass es anders als erwartet kein militärisches Eingreifen geben würde. Zum wiederholten Male wurden die Phrasen von «territorialer Einheit Syriens» und einem «politischen Prozess» formuliert, um damit den Angreifern ein Gesprächsangebot zu machen. Es war

der Versuch, an Institutionen zu retten, was noch zu retten war.

Der syrische Ministerpräsident Mohammed al-Dschalali erklärte seine Bereitschaft, mit jeder neuen Führung zusammenzuarbeiten. Er rief dazu auf, die staatlichen Institutionen zu erhalten, und erklärte, er würde am nächsten Tag ganz normal zur Arbeit in seinem Büro erscheinen. Unterstützt wurde er dabei von al-Jolani, dem Führer der Angreifer. Der Verbot auf seinem Telegram-Kanal allen Milizen, staatliche Institutionen zu besetzen. Sie würden unter Kontrolle des Ministerpräsidenten bleiben, bis sie offiziell übergeben würden.

Al-Jolani war federführend beim Sturz von Assad. Er ist Syrer aus wohlhabendem Hause und bewunderte die Angreifer vom 11. September. Er trat al-Kaida bei und kämpfte im Irak. Mit Beginn des Krieges kehrte er nach Syrien zurück und gründete die Nusra-Front als Teil von al-Kaida. Später distanzierte er sich von einigen seiner Ideen, er gilt manchen Beobachtern nun als «pragmatischer Radikaler». Die US-Regierung plant bereits, seine Organisation von der Liste der Terrororganisationen zu streichen.

Verschiedene Faktoren

Wie konnte Syrien so widerstandslos zerfallen? War es der türkische Einfluss, der aus der vorgebliehen «De-

eskalationszone» in Idlib ein Trainingslager für Dschihadisten machte? Oder waren es britische und US-amerikanische Geheimdienstinformationen für HTS – die es vermutlich gab? War es wegen der neuartigen Waffe der Drohnen, über die die Angreifer in grossem Massstab verfügten – anders als die syrische Armee? Gab es die heimliche Zusammenarbeit von Teilen der Armee mit den Angreifern, wie 2014 im Irak? Oder hatten die unzähligen israelischen Angriffe Syrien sturmreif geschossen?

All das trug zur Niederlage bei. Aber vielleicht am wichtigsten war, dass es für Syrien keine Perspektive, keinen Weg in die Zukunft gab. Das Land war nicht in der Lage, Widerstand gegen die westlichen Sanktionen zu leisten. Netzwerke von Macht und Einfluss waren zu stark und zu wenig pragmatisch.

Vollständig verarmt

Nach zwölf Jahren Krieg und 20 Jahren Sanktionen sind die Syrer vollständig verarmt. Das Land, das einst eine Million Flüchtlinge aus dem Irak aufgenommen hatte, schickte seine Söhne und Töchter selbst ins Ausland. Es gab nichts mehr zu verteidigen.

Die USA hatten vom ersten Tag des Krieges an klargemacht, dass es für Syrien unter Assad keine Zukunft geben würde – und alles dafür getan, dieses Ziel zu erreichen. Wieder und wieder betonte die damalige Aussenministerin der USA, Hillary Clinton – und später ihre Nachfolger –, Syrien unter Assad müsse zerstört werden.



Angriffe auf die syrische Stadt Aleppo im Dezember 2024. Quelle: zVg.

Auch wenn es nicht immer danach aussah, waren die USA mächtig genug, dieses Ziel zu erreichen.

Auch China sah, dass Syrien nicht mehr zu retten war – und belies es zur Unterstützung bei kostenfreien Erklärungen. Investitionen – Fehlangezeige. Regierung und Investoren trauten der Stabilität des Landes nicht.

Die zahllosen Luftangriffe Israels, die schwersten seit dem Krieg von

1973, und die Annexion weiterer Teile des Golan, das Vordringen in den Süden von Damaskus, die Eroberung von Gebieten im Norden durch die Türkei beziehungsweise ihre «Syrische Nationale Armee» zeigten schon am Tag danach, dass die Freude vieler Syrer über den Sturz Assads nicht grenzenlos sein wird.

Quelle: Unsere Zeit.

Fortsetzung von Seite 1

trahität kommt. Trotz der völlig klaren und unzweideutigen US-Hegemonie über Panama und den Kanal, drohte Trump Anfang Januar, er werde «den Panama-Kanal zurückholen, oder es wird etwas sehr Grosses passieren». Für die US-Grosskonzerne sind vor allem die Gebühren, die sie dem Staat Panama für die Benutzung des Kanals zahlen müssen, sowie die zunehmenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Panama und dem Rivalen China ein Dorn im Auge. In beiden Punkten hat die direkte Gewaltandrohung von Trump zur Stärkung der US-Interessen geführt. Panama liess erklären, aus dem chinesischen Handels- und Infrastrukturprojekt «Neue Seidenstrasse» auszutreten. Und Berichten zufolge wird es von US-Regierungsschiffen – insbesondere von US-Kriegsschiffen – in Zukunft «keine Gebühren mehr für die Durchfahrt durch den Panama-Kanal» verlangen.

Rohstoffe als Gegenleistung

Trump hat kurz nach seiner Machtübernahme Gespräche mit Russland

aufgenommen, um Schritte und Bedingungen für ein Ende des Ukraine-Kriegs auszuhandeln. Dass dahinter die nackten Interessen der US-Wirtschaft stecken und nicht irgendwelche Friedenswünsche, zeigt sich an der Begründung der Trumpschen Ukraine-Politik. Laut Trump wäre die EU an der Aufrüstung der Ukraine viel weniger stark beteiligt: «Wir zahlen 200 Milliarden mehr als die Europäische Union. Sind wir denn blöd?» Trump verlangt von der EU einen höheren Beitrag an der ukrainischen Rüstung. Von der Ukraine fordert er direkt Zugriff auf die Bodenschätze als Gegenleistung für die US-Militär-«Hilfe». Die USA würden die Ukraine weiter verteidigen, wenn sie «das Äquivalent von 500 Milliarden Dollar an Seltenen Erden» erhalten. Oder im Umkehrschluss: Keine militärische Unterstützung ohne Rohstoffe als Gegenleistung. Der ukrainische Präsident Selenski erklärte bereits: «Wir sind bereit für ein ernsthaftes Dokument, aber wir brauchen Sicherheitsgarantien.» An einem entsprechenden Vertrag werde gearbeitet. Trumps Nationaler Sicherheitsberater Mike Wal-

tz kommentierte den «Deal» mit den Worten, dass das Rohstoffabkommen für die Ukrainer «die beste Sicherheitsgarantie ist, die sie sich erhoffen können, besser als eine weitere Palette Munition».

Israel kriegt Freifahrt-schein

Illusionen, dass Trump ein Friedenspräsident sei oder dass seine rechtspopulistische Politik irgendwie den Frieden fördern könne, werden insbesondere durch Trumps Israel-Politik ad absurdum geführt. Der Völkermord gegen die Palästinenser:innen konnte von Israel nur mit Rückendeckung der USA und Europa, durch die Beihilfe von Pickelhauben-Liberalen wie Biden und Flecktarn-Grünen wie Annalena Baerbock, durchgeführt werden. Mit Trump an der Macht hat Israel nun einen Freifahrtsschein fürs hemmungslose Morden erhalten – und die USA werden dem Apartheidstaat direkt unter die Arme greifen bei der Zwangsumsiedlung der Palästinenser:innen. Trump hat angekündigt, den Gazastreifen «übernehmen» zu wollen und die dort lebenden Palästinenser:innen dauerhaft zu vertreiben. Er vertrat auch offen die Ansicht, dass die Palästinenser:innen kein Recht auf Rückkehr hätten. Die Grundstücke auf dem entvölkerten Gazastreifen sollen internationalen Käufer:innen zur Verfügung gestellt werden. Das Westjordanland darf von Israel mit Trumps Segen annektiert werden. Und Trump hat bereits der Lieferung von schweren Bomben nach Israel zugestimmt, die Biden für ein paar Monate eingefroren hatte. Die israelische Regierung kann sich freuen, der israelische Ministerpräsident bezeichnete Trump als «grössten Freund, den Israel jemals im Weissen Haus hatte».

Rambo und Clown

Trump ist nicht das Gegenteil von Biden, sondern bloss das ungeschön-

te Gesicht des gleichen imperialistischen Systems, das auch Biden vertritt. Wir erinnern daran, dass viele Beschlüsse aus Trumps erster Amtszeit von Biden nicht rückgängig gemacht wurden. Biden hat die von Trump intensivierte Blockade gegen Kuba symbolisch erst im allerletzten Augenblick aufgehoben (was von Trump sofort rückgängig gemacht werden konnte). Auch Beschlüsse zur Migration und zur Zollpolitik wurden oftmals einfach weitergeführt. Das Kriegsbudget der USA wurde von Biden weiter aufgeblasen. Trump kann in der Rolle als Rambo und Clown Dinge durchsetzen, die für einen Biden politisch gefährlich wären. Trump setzt die Interessen der US-Grosskonzerne im Eiltempo durch, während der nächste demokratische Präsident die Wogen auf der Oberfläche wieder glätten kann.

Deutlich wird Trumps Rolle beim Umgang mit der Softpower-Institution USAID. USAID verwaltet die Entwicklungsgelder der USA, ist aber auch eng mit den US-Geheimdiensten verflochten. Seit Langem steht USAID unter Verdacht, unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe schmutzige CIA-Operationen im Ausland zu unterstützen und dafür auch ein Grossteil ihres Milliardenbudgets aufzuwenden. Mit Wikileaks gelangte beispielsweise eine USAID-Kampagne ans Tageslicht, die vor rund zwanzig Jahren darauf abzielte, den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez international zu isolieren und seine politische Basis zu infiltrieren. Trump geht nun gegen diese Agentur vor. Aber es geht nicht darum, USAID zu schliessen, sondern unter die engere Kontrolle des Staates zu bringen. Der Plan ist, die Entwicklungsorganisation dem Aussenministerium zu unterstellen, damit die Agentur angemessen kommandiert und beaufsichtigt wird. Die US-Regierung unter Trump wird also nicht vollständig auf Softpower-B-

einflussung verzichten, sondern sie stärker dem direkten Kommando des Staates unterordnen.

Wir sind die Leidtragenden

Imperialismus, das ist die Herrschaft der Grosskonzerne, heute insbesondere der Finanz- und High-Tech-Industrie, das ist ihr Kampf um Einfluss-sphären und um Märkte, das ist der offene oder verdeckte Konkurrenzkampf zwischen den Grossmächten. Und immer wieder führt das imperialistische System zu Reibungen, zu Konflikten, zu Stellvertreterkriegen wie in Afghanistan oder der Ukraine, und im äussersten Fall zur direkten Konfrontation der Grossmächte – zum Weltkrieg. Trump ist Milliardär und eng verbandelt mit der Klasse der Superreichen. Zu seinen ersten Amtshandlungen gehörte, die Finanzbehörde CFPB, welche seit 2008 Finanzprodukte überwacht und reguliert, zu schliessen. Auch die Regulationen und Überwachungen der Technologiekonzerne wie Amazon und Meta werden unter Trump gelockert oder ganz wegfallen. Für die herrschende Klasse der Superreichen ist der Krieg ein Spiel um Macht und Ressourcen. Sie werden nicht selber vom Grauen des Krieges betroffen sein, ihre Söhne und Töchter werden nicht auf den Schlachtfeldern verpulvert werden. Die Leidtragenden von Krieg und Imperialismus sind immer die einfachen Leute, die übergrosse Mehrheit der Bevölkerung. Hier gilt es für uns als Friedensbewegte Bewusstsein zu schaffen darüber, dass die Interessen der Oberen eben nicht die Interessen von uns sind, dass Krieg nicht ein naturgegebenes Übel, sondern ein Machtmittel der Herrschenden ist, dass der Frieden erkämpft werden muss und nicht einfach gegeben wird. Wir müssen uns einem Weltkrieg und seinen Nutzniessern mit aller Kraft entgegenstellen; Trumps Machtübernahme macht eine starke Friedensbewegung dringender nötig denn je.



Ukraine-Krieg

Russland – wie weiter?

Am 5. Dezember 2024 trat Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz auf Einladung der Schweizerischen Friedensbewegung in Basel auf. Mehr als 200 Personen hörten im voll besetzten Saal dem Vortrag zu, der die Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs sowie globale Zusammenhänge und Interessen aufzeigte. Im Folgenden dokumentieren wir einen Auszug aus dem Vortrag.

Von Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz

Je länger dieser Krieg dauert, umso schwerer fällt es mir, die richtigen Prioritäten zu setzen, denn irgendwas kommt bei einem Vortrag von ca. 60 Minuten immer zu kurz. (...)

Ich werde mit dem intensiveren Blick auf die Ukraine beginnen, aber zuvor noch diese Bemerkung: Es empfiehlt sich nämlich in diesen Zeiten ganz besonders darauf zu achten, Missverständnisse zu vermeiden. Wenn ich also im Folgenden das Verhalten des Westens kritisch betrachte – und das werde ich tun – dann heisst das nicht, dass ich im Umkehrschluss davon ausgehe, dass Russland alles richtig gemacht hat und lediglich das arme Opfer ist. Das sind nicht die Kategorien, in denen ich denke. Aber da das Verhalten des politischen Westens in den sogenannten Leitmedien eher nicht kritisch betrachtet wird, versuche ich, das etwas auszugleichen. Wenn ich dabei besonders die USA ins Visier nehme, dann hat das auch nichts mit *Antiamerikanismus* zu tun. Ganz im Gegenteil. Mich faszinieren die Vereinigten Staaten von Amerika ähnlich wie Russland und, damals zu meiner Korrespondenzzeit, die Sowjetunion. Meine Erfahrungen mit US-Bürgern bei meinen Reisen quer durch den Kontinent waren auch eher positiv. Und ich halte es für legitim, wenn ein Land in erster Linie an sich denkt, also *seine* Interessen verfolgt, und dann erst überlegt, wie man das mit dem Wohl der Nachbarn verbinden könnte. Das ist alles in Ordnung. Ich versuche nur, Interessen auf den Grund zu gehen und mir nicht von vorgeschobenen humanitären oder moralischen Deckmäntelchen den Blick verstellen zu lassen. Mit anderen Worten: Dinge so gut es geht zu verstehen, im Sinne von Begreifen. Das gilt natürlich auch für Russland, etwas verstehen, etwas begreifen zu wollen. Das muss nicht automatisch *Verständnis haben* bedeuten. Und etwas erklären, analysieren sollte man auch nicht verwechseln mit *rechtfertigen*. Das sind verschiedene Dinge. (...)

Die Tragödie der Ukraine

Dann also zur Ukraine. Das Gebiet der heutigen Ukraine wurde nie ausschliesslich von Menschen bewohnt, die sich als Ukrainer begriffen. Aufgrund der geografischen Lage und der wechselvollen Geschichte gab es dort immer starke ethnische und auch religiöse Minderheiten, seien es Russen, Polen, Deutsche, Rumänen, Tschechen oder Juden und Muslime. Als die Sowjetunion entstand, existierte eine *Westukrainische Volksrepublik* (auf

dem ehemals habsburgischen Territorium nach dem Zusammenbruch von Österreich-Ungarn) und eine *Ukrainische Volksrepublik* (aus der Konkursmasse des Russischen Reiches). Beide Republiken wurden in dieser Zeit sowohl von der im Entstehen begriffenen Sowjetunion bedrängt als auch von Ländern wie Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei. Der *grösste* Teil der *heutigen* Ukraine wurde dann im Dezember 1922 zur Sowjetrepublik. Die Ukraine, wie wir sie heute kennen, existiert wie gesagt seit 1991. Da ist das zwangsläufig ein Problem mit der ukrainischen Identität. Und dieses Problem löst sich nicht dadurch, dass man es ignoriert oder schönredet.

Der Politik-Professor Nikolai Petro (er lehrt an der US-amerikanischen Universität Rhode Island) hat ein bemerkenswertes Buch darüber geschrieben. Es heisst «The Tragedy of Ukraine», die Tragödie der Ukraine. Er befasst sich intensiv mit diesem Identitätsthema und vor allem auch mit dem *innerukrainischen* Streit darüber. Denn das ist nichts, was mit der 1991 selbständig gewordenen Ukraine begonnen oder irgendwas mit russischer Einmischung zu tun hätte. Die kämpferischen Auseinandersetzungen um ukrainische Identität sind gut 150 Jahre alt. Die *galizischen* und *west-ukrainischen Intellektuellen* hatten von dieser Identität eine ganz andere Vorstellung als die in der *Ost- und Südukraine*. Und dieser Streit ist nie wirklich beigelegt worden. (...)

Brückenfunktion zwischen Ost und West

Prof. Petro ist nicht der Einzige, der in dieser fehlenden gemeinsamen Identität den Nährboden für das Gezerre um die Ukraine sieht. Hätte es diese gemeinsame Identität gegeben, bzw. würde es sie geben, dann hätten weder Russland noch die EU mit ihrem Assoziierungsabkommen die Chance gehabt, das Land auf eine Seite zu ziehen. Und die Ukraine hätte ihre Brückenfunktion zwischen Ost und West, von der sie letztlich immer profitiert hat, ausbauen können.

Der grundlegende ukrainische Fehler besteht meines Erachtens darin, diesem Gebilde, dem eine staatliche Kontinuität nun einmal fehlt, keine föderale Struktur gegeben zu haben und auch weiterhin nicht geben zu wollen. Das haben einige ukrainische Präsidenten in der Vergangenheit durchaus versucht, sind aber immer von nationalistischen Strömungen im Westen des Landes gestremt worden. Das lässt sich im Einzelnen belegen

(das kann man nachlesen) und ist leider keine russische Propaganda.

Auf die fehlende staatliche Kontinuität der Ukraine hinzuweisen, hat nichts damit zu tun, der Ukraine ihr Existenzrecht abzuspochen. Es hat allerdings eine Menge damit zu tun, tragfähige politische Lösungen zu finden. Und das funktioniert erfahrungsgemäss nur, wenn man die Geschichte berücksichtigt. Denn man braucht ein stabiles Fundament, wenn man etwas Haltbares bauen will. Es ist harte politische Arbeit, in dieser hochgradig komplizierten Gemengelage eine friedliche Lösung fürs Zusammenleben zu finden. Und da die Ukraine nicht im luftleeren Raum schwebt, sondern geopolitisch eingebunden ist, wird es nochmal um ein Vielfaches komplizierter.

Entweder die oder wir

Damit sind wir bei den Interessen. Das Interesse der Ukraine müsste sein, sowohl nach Westen, sprich EU, als auch nach Osten, sprich Russland, gute Beziehungen zu unterhalten. Das hat der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch, der 2014 weggeputscht wurde und fliehen musste, und an dem man viel kritisieren kann, *das* hat Viktor Janukowitsch durchaus erkannt und hat versucht, zu lavieren. Die Unterhändler der EU (Stichwort: Assoziierungsabkommen) haben das aber anders gesehen und – verkürzt formuliert – ihm die Pistole auf die Brust gesetzt: entweder die oder wir. Ökonomisch war es für die Ukraine jedenfalls ein Wahnsinn, die Verbindungen zu Russland zu kapfen. Es ging immerhin um zwei Drittel aller Exporte. Der bereits zitierte Nikolai Petro spricht von «Selbstmordökonomie» und er führt das auch im Einzelnen auf. Jedenfalls habe die Kombination von Marktöffnung Richtung Westen und Trennung von Russland der Ukraine nicht gutgetan, weder finanziell noch wirtschaftlich noch demografisch, aber es war aus rein ideologischen Gründen angesagt, sich um jeden Preis von Russland abzuwenden. Die Ukraine ist mal mit 52 Millionen Einwohnern in ihre Selbständigkeit gestartet. Jetzt gibt es nur noch etwa 37 Millionen, wobei die dramatische Abwanderung 2014 begonnen hat.

Wie gross das Interesse des politischen Westens war und ist, Einfluss auf die Entscheidungen der ukrainischen Regierung zu nehmen, mag man an den horrenden Summen ablesen, die aus den USA geflossen sind. Da machen die US-Amerikaner gar kein Geheimnis draus. Sie haben ja auch keine Hemmungen gewisse Aktivitäten «Educational programs», also Erziehungsprogramme, zu nennen, die man brauchte, um die Ukrainer z.B. davon zu überzeugen, dass sie in der NATO besser aufgehoben sind. Dafür gab es lange Zeit überhaupt keine Mehrheit. Im Gegenteil. Ein neutraler Status der Ukraine war sogar in der Verfassung verankert. (...)

Die USA profitieren

Weiter mit den Interessen. Was ist mit den Interessen der EU und Russlands? Es liegt – sachlich betrachtet – im Interesse der EU, gute Beziehungen zu Russland zu haben. Und im Interesse Russlands liegt es, gute Beziehungen zur EU zu haben. Wir sind nicht nur Nachbarn, wir sind natürliche Partner, wir ergänzen uns. Genau das liegt aber überhaupt nicht im Interesse der USA. Ganz im Gegenteil. Es hat ja seinen Grund, warum man in US-amerikanischen Dokumenten lesen kann, dass die einzige wirkliche Gefahr für die Vormachtstellung der USA ein funktionierender eurasischer



Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz. Quelle: zVg.

Kontinent ist. China spielt dann nochmal eine spezielle Rolle. Diese – aus US-amerikanischer Sicht – Gefahr einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU ist ja nun auf absehbare Zeit gebannt. Insofern – die einzigen, die von der jetzigen Situation profitieren sind die USA (und natürlich die Waffenindustrie). Für die USA ist es ein Erfolg, ihr strategisches Ziel, das schon seit etwa 100 Jahren in offiziellen Papieren auftaucht, erreicht zu haben, nämlich eine gedeihliche Zusammenarbeit auf dem eurasischen Kontinent zu verhindern bzw. zu zerstören. Darüber hinaus werden sie endlich ihr umweltschädliches und teures Fracking-Gas los und haben die preiswerte Konkurrenz, die wir in Deutschland bequem vor der Nase hatten, ausgeschaltet. Bei uns sind die Energiepreise so hoch, dass es für viele Betriebe existenzgefährdend wird oder schon geworden ist, und das nicht, weil Russland uns den Gashahn zugekehrt hat, wie es gebetsmühlenartig immer wieder heisst, sondern weil wir in Deutschland vollmundig auf russisches Gas verzichtet haben, um nicht mit dazu beizutragen, die russische Kriegsmaschinerie am Laufen zu halten. Das Verrückte ist, wir kriegen ja trotzdem Gas aus Russland, nur über Umwege und um ein Vielfaches teurer.

Offen und angstfrei debattieren

Friedenspolitik, Politik für Frieden ist nichts anderes als funktionierender Interessenausgleich. Da geht es auch nicht um Moral, wie vielfach behauptet wird. Sogar Kamala Harris, die Präsidentschaftskandidatin der Demokraten in den USA, hat auf der letzten Münchner Sicherheitskonferenz mit Blick auf amerikanisches Engagement in Europa folgenden Satz gesagt: «Wir tun das nicht aus Nächstenliebe, sondern weil es in unserem strategischen

Interesse liegt.» Wäre gut, wenn die Länder in Europa oder auch die EU mal anfangen würden, *ihr* strategisches Interesse zu formulieren. Da gibt es sicher Berührungspunkte mit den USA, aber es gibt eben auch in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende Unterschiede. Und die gilt es herauszuarbeiten und deutlich zu benennen. Schwer genug, aber für Europa lebensnotwendig, denn um uns herum bilden sich neue Allianzen von Ländern, die die europäisch-amerikanische Bevormundung sathaben und nicht nur eigenes Selbstbewusstsein entwickeln, sondern wirtschaftliche Stärke.

Die BRICS-Staaten – also Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – hatten Anfang der 80er Jahre ein Weltbruttosozialprodukt von 10 %. Das ist jetzt auf 35 % gestiegen. Im Vergleich dazu: das der G7-Staaten ist von 50 % auf 30 % gefallen, also sogar unter das der BRICS-Staaten. Wobei sich die 30 % auf das Jahr 2022 beziehen. Man kann davon ausgehen, dass sich die Zahl nochmal verringert hat. Das Entscheidende ist der Trend. Die gehen nach oben, wir nach unten. Wäre es nicht intelligent, diese anderen Staaten nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch ernst zu nehmen? Dafür spricht auch, dass die Bewerber bei den BRICS-Staaten Schlange stehen. Die Türkei bewirbt sich auch – immerhin ein NATO-Mitglied. Im Januar 2024 sind Ägypten, Äthiopien, der Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate hinzugekommen. Und das i-Tüpfelchen: das letzte Gipfeltreffen der *BRICS-plus* fand ausgerechnet in Russland statt. Nur jemand mit eurozentristischem Blick und einer gewissen Arroganz kann behaupten, Russland sei isoliert. Jetzt werden Weichen gestellt, mit weitreichenden Konsequenzen. In einer Demokratie, die diesen Namen verdient, muss darüber offen und angstfrei debattiert werden. (...)

Film: Gabriele Krone-Schmalz «Verstehen»

Ein Film über eine Frau, die Haltung zeigt in einer Zeit, in der Deutschland wieder kriegstüchtig werden soll.

Dokumentation von Ralf Eger – 2024

Das Filmteam begleitete die langjährige ARD-Journalistin und Bestsellerautorin Gabriele Krone-Schmalz im Sommer 2024 in ihre Geburtsstadt Lam im Bayerischen Wald und auf ihrer aktuellen Vortragsreise durch Deutschland.

Videoaufnahmen ihres Ehemannes Lothar Schmalz geben einen direkten Eindruck über die Sowjetunion der Ära Gorbatschow.

Erstmalig sind Chansons zu hören, die Frau Krone-Schmalz als junge Frau selbst komponierte und textete.

Dabei ist ein sehr persönliches Portrait entstanden über eine ebenso engagierte wie warmherzige Kämpferin für eine offene Gesprächskultur und einen Journalismus, der sich nicht gemein macht mit einer Seite, sondern versucht, beiden Seiten möglichst objektiv gerecht zu werden.

Mehr Infos: www.krone-schmalz.de



Vollbesetzter Saal bei der Veranstaltung mit Prof. Dr. Krone-Schmalz. Quelle: UW.

Israel/Palästina

Rechtfertigung des Unentschuldbaren

Als Besatzungsmacht hat Israel nicht das Recht, sich in Gaza auf «Selbstverteidigung» zu berufen. Die Palästinenser:innen jedoch schon. Gemäss Völkerrecht ist der Widerstand der Palästinenser:innen unter fremder Besatzung legitim, letztlich sogar der Widerstand mit Gewalt.

Von Craig Mokhiber

Eine der vielen beunruhigenden Enthüllungen, die seit Beginn der aktuellen Phase des Völkermords in Palästina vor über einem Jahr ans Licht gekommen sind, ist das Ausmass, in dem US-amerikanische und andere westliche Politiker:innen bereit sind, sich pflichtbewusst an das Narrativ zu halten, das ihnen von Israel und dessen westlichen Lobbys vorgegeben wird, egal ob es nun wahr ist oder nicht. Ein typisches Beispiel hierfür ist das oft wiederholte Argument der «Selbstverteidigung».

Nach jedem weiteren Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das Israel während des aktuellen Völkermords begangen hat, ist der häufigste Refrain westlicher Regierungsvertreter:innen (und der westlichen Konzernmedien), dass «Israel das Recht hat, sich zu verteidigen». – Nein, das hat es nicht. Aus Sicht des Völkerrechts ist dies tatsächlich eine doppelte Lüge.

Erstens hat Israel in Gaza (oder im Westjordanland und Ostjerusalem) kein solches Recht. Und zweitens sind diese Handlungen, die gerechtfertigt werden sollen, selbst dann rechtswidrig, wenn es sich um Selbstverteidigung handeln würde.

Die Pflichten der Besatzungsmacht

Die UN-Charta, ein für alle Mitgliedsstaaten verbindlicher Vertrag, kodifiziert die wichtigsten Rechte und Pflichten von Staaten. Dazu gehören die Pflicht, die Selbstbestimmung der Völker (einschliesslich der Palästinenser:innen) zu respektieren, die Pflicht, die Menschenrechte zu achten, und die Pflicht, auf die Anwendung von Gewalt gegen andere Staaten zu verzichten (sofern sie nicht vom Sicherheitsrat autorisiert ist). Israel hat in den 76 Jahren seines Bestehens wiederholt gegen alle diese Prinzipien verstossen.

Eine vorübergehende Ausnahme vom Gewaltverbot ist in Artikel 51 der UN-Charta zur Selbstverteidigung gegen Angriffe von aussen festgeschrieben. Wichtig ist jedoch, dass ein solches Recht nicht besteht, wenn die Bedrohung aus einem vom Staat kontrollierten Gebiet kommt. Dieser Grundsatz wurde vom Internationa-

len Gerichtshof in seinem Gutachten von 2004 zur israelischen Apartheidmauer bestätigt. Und der Gerichtshof stellte damals und erneut in seinem Gutachten von 2024 zur Besatzung fest, dass Israel die Besatzungsmacht im gesamten besetzten palästinensischen Gebiet ist. Daher kann Israel als Besatzungsmacht nicht Selbstverteidigung als Rechtfertigung für militärische Angriffe in Gaza, im Westjordanland, in Ostjerusalem oder auf den Golanhöhen geltend machen.

Natürlich kann Israel von seinem eigenen Territorium aus rechtmässig Angriffe abwehren, um seine Zivilbevölkerung zu schützen, aber es kann nicht Selbstverteidigung geltend machen, um Krieg gegen die von ihm besetzten Gebiete zu führen. Tatsächlich besteht seine Hauptpflicht darin, die besetzte Bevölkerung zu schützen. Dabei kann eine Besatzungsmacht wesentliche Strafverfolgungsfunktionen übernehmen (im Gegensatz zu militärischen Operationen). Doch angesichts der Tatsache, dass der Internationale Gerichtshof inzwischen befand, dass die israelische Besetzung der Gebiete selbst vollkommen unrechtmässig sei, wären selbst diese Massnahmen wahrscheinlich unrechtmässig, es sei denn, sie wären zum Schutz der besetzten Bevölkerung und innerhalb eines kurzen Zeitraums nach dem Abzug unbedingt erforderlich.

Verstösse gegen das Völkerrecht

In seiner jüngsten Stellungnahme hat der Internationale Gerichtshof erklärt, dass Israels Anwesenheit in den Gebieten das Prinzip der Selbstbestimmung, die Regel der Nichtaneignung von Gebieten durch Gewalt und die Menschenrechte des palästinensischen Volkes verletzt und dass es seine Anwesenheit schnell beenden und das palästinensische Volk für die erlittenen Verluste entschädigen muss. Rechtlich gesehen ist jeder israelische Stiefel auf dem Boden, jede israelische Rakete, jeder Jet oder jede Drohne im palästinensischen Luftraum und sogar ein einziges nicht genehmigtes israelisches Fahrzeug auf einer palästinensischen Strasse ein Verstoß gegen das Völkerrecht.



«Gerechtigkeit für Palästina». Frontbanner an der Palästina-Demo in Basel, Oktober 2024. Quelle: zVg.

Zusammenfassend lässt sich Folgendes sagen: Israels einziges rechtmässige Mittel gegen die Bedrohungen, die seiner Meinung nach von den besetzten Gebieten ausgehen, besteht darin, seine Besetzung zu beenden, die Siedlungen aufzulösen, die Gebiete zu verlassen, die Belagerung aufzuheben und die Kontrolle vollständig an das besetzte palästinensische Volk abzugeben. Hier ist das Völkerrecht eine einfache Widerspiegelung des gesunden Menschenverstands und der universellen Moral. Ein Krimineller kann nicht das Haus einer Person übernehmen, einziehen, seinen Inhalt plündern, die Bewohner:innen einsperren und brutal behandeln und dann Selbstverteidigung geltend machen, um die Hausbesitzer:innen zu ermorden, wenn sie sich wehren.

Israel hat zwar ein Recht auf Selbstverteidigung gegen Angriffe anderer Staaten, kann dieses Recht jedoch nicht geltend machen, wenn der Angriff eine Reaktion auf israelische Aggression ist. Israel kann keinen Nachbarstaat (z. B. Libanon, Syrien, Irak, Iran, Jemen) angreifen und dann Selbstverteidigung geltend machen, wenn dieser Staat zurückschlägt. Eine solche Behauptung zu akzeptieren, hiesse, das Völkerrecht auf den Kopf zu stellen. Daher sind die meisten Behauptungen westlicher Politiker:innen und Medien, dass Israel ein «Recht auf Selbstverteidigung» hat, nachweislich falsch, was das Völkerrecht betrifft.

Die Verbrechen Israels

Die zweite Lüge, die in diesen wiederholten Behauptungen enthalten ist, ist, dass die Selbstverteidigung Israels die unzähligen Verbrechen rechtfertigt. Das Völkerrecht erlaubt es nicht, dass man mit Selbstverteidigung Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord rechtfertigt. Ebenso wenig überwindet es auf magische Weise die Gebote des humanitären Völkerrechts wie Vorsicht, Unterscheidung und Verhältnismässigkeit oder den Schutzstatus von Spitälern und anderen lebenswichtigen zivilen Einrichtungen. Darüber hinaus macht die Anwesenheit von Menschen, die mit bewaffneten Widerstandsgruppen in Verbindung stehen, ein ziviles Gebäude nicht automatisch zu einem legitimen militärischen Ziel. Wäre dies der Fall, würde die allgemeine Anwesenheit israelischer Soldat:innen in israelischen Spitälern diese Krankenhäuser ebenso zu legitimen Zielen machen. Spitäler anzugreifen ist kein Akt der Selbstverteidigung. Es ist Mord und in systematischen und gross angelegten Fällen ein Verbrechen der Ausrottung.

Ein Anspruch auf Selbstverteidigung rechtfertigt keine Kollektivstrafen, die Belagerung der Zivilbevölkerung, aussergerichtliche Hin-

richtungen, Folter, die Blockierung humanitärer Hilfe, das gezielte Angreifen von Kindern, die Ermordung von Hilfskräften, medizinischem Personal, Journalist:innen und UN-Beamten – alles Verbrechen, die Israel während der gegenwärtigen Phase seines Völkermords in Palästina begangen hat. Und all dies wird von den Verteidiger:innen Israels im Westen schamlos mit Behauptungen der Selbstverteidigung begleitet.

Daher ist jede Reaktion eines Politikers oder einer mitschuldigen Stimme der Massenmedien auf ein israelisches Verbrechen, die mit «Israel hat das Recht, sich zu verteidigen» beginnt, zugleich eine Rechtfertigung des Unentschuldbaren und eine dreiste Lüge – und sollte als solche bezeichnet werden.

Ausserdem wird man diese Personen nie sagen hören, dass Palästina das Recht hat, sich zu verteidigen, obwohl es das nach internationalem Recht absolut hat. Verwurzt in der UN-Charta und im internationalen humanitären und Menschenrechtsrecht und bestätigt durch eine Reihe von UN-Resolutionen haben palästinensische Widerstandsgruppen ein legales Recht auf bewaffneten Widerstand, um das palästinensische Volk von ausländischer Besatzung, Kolonialherrschaft und Apartheid zu befreien. Und die Welt stimmt zu. Die UN-Generalversammlung hat «das unveräusserliche Recht des palästinensischen Volkes und aller Völker unter fremder Besatzung und Kolonialherrschaft auf Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Einheit und Souveränität ohne ausländische Einmischung» anerkannt und bekräftigt «die Legitimität des Kampfes der Völker für Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Einheit und Befreiung von Kolonialherrschaft, Apartheid und ausländischer Besatzung mit allen verfügbaren Mitteln, einschliesslich des bewaffneten Kampfes».

Natürlich muss jeder Widerstandskampf die Regeln des humanitären Völkerrechts respektieren, einschliesslich des Prinzips, Zivilist:innen zu verschonen. Aber Palästinas Recht auf bewaffneten Widerstand gegen Israel nach internationalem Recht ist mittlerweile unanzweifelbar.

Einfach ausgedrückt: Das palästinensische Volk hat ein anerkanntes Recht, sich gegen Israels Besatzung, Apartheid und Völkermord zu wehren, auch durch bewaffneten Kampf. Und da der zugrunde liegende Widerstand rechtmässig ist, sind Bündnisse, Hilfe und Unterstützung für die Palästinenser:innen zu diesem Zweck ebenfalls rechtmässig. Umgekehrt ist die Unterstützung Israels bei diesen Bemühungen durch westliche Staaten rechtswidrig, da Israels Be-

setzung, Apartheid und Völkermord rechtswidrig sind. Tatsächlich hat der Internationale Gerichtshof festgestellt, dass alle Staaten verpflichtet sind, jegliche derartige Unterstützung Israels einzustellen und auf die Beendigung der israelischen Besatzung hinzuwirken.

Apartheid und Rassentrennung

Und noch ein Punkt zum Begriff der Selbstverteidigung. Die Geschichte begann nicht erst am 7. Oktober 2023. In den 1930er und 40er Jahren reisten zionistische Kolonist:innen aus Europa, um Palästinenser:innen in ihren Häusern in Palästina anzugreifen. Keine palästinensische Miliz reiste nach Europa, um die Kolonist:innen in ihren Häusern in England, Frankreich und Russland anzugreifen. (Natürlich hatten Juden, die vor europäischer Verfolgung flohen, jedes Recht, in Palästina und anderswo Asyl zu suchen. Aber die Zionist:innen hatten kein Recht, das Land zu kolonisieren und die einheimische Bevölkerung zu enteignen.)

Seitdem hat Israel mehr als 76 Jahre lang die einheimische palästinensische Bevölkerung angegriffen, brutal behandelt, vertrieben, enteignet und ermordet und versucht, sie auszulöschen. Es hat Hunderte palästinensische Städte und Dörfer ethnisch gesäubert, palästinensische Häuser, Geschäfte, Bauernhöfe und Obstgärten gestohlen und die palästinensische zivile Infrastruktur zerstört. Jede palästinensische Gemeinschaft hat täglich Angriffe auf ihre Würde, Verhaftungen, Schläge, Folter, Plünderungen und Morde durch Israel erlebt. Überlebende waren gezwungen, unter einem Regime der Apartheid und Rassentrennung zu leben und in ihrem eigenen Land wurden ihnen ihre bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte systematisch verweigert.

Jeder friedliche palästinensische Versuch, die Unterdrückung zu beenden und das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung durch diplomatische Initiativen, gerichtliche Schritte, friedliche Proteste oder organisierte Boykotte und Desinvestitionen wiederzuerlangen, stiess auf Repression oder Ablehnung, nicht nur von Israel, sondern auch von seinen westlichen Unterstützer:innen. In diesem Zusammenhang gebieten grundlegende Moral und einfache Logik wie das Völkerrecht, dass das Recht auf Selbstverteidigung dem palästinensischen Volk zusteht.

Craig Mokhiber ist Spezialist für Völker- und Menschenrecht und arbeitete für die UNO.

Quelle: Mondoweiss, Übersetzung: UW.

Schweizerische Friedensbewegung SFB Jahrestagung 2025

Sonntag, 15. Juni 2025, 14.00 Uhr
mit anschliessendem Apéro

Restaurant Torstübli, im gedeckten Hinterhof
Riehentorstrasse 27, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
Rechnung 2024 • Wahlen • Ausblick und Diskussion:
Weltfriedenswoche 2025 • Frieden schaffen, aber wie?

Die Jahresversammlung ist öffentlich. Interessierte sind herzlich eingeladen. Aus organisatorischen Gründen bitte mit Voranmeldung: mail@friedensbewegung.ch

Mehr Informationen kurz davor auf www.friedensbewegung.ch

Krieg im Nahen Osten

Israels hybride Kriegsführung

Schon seit Langem werden Kriege nicht nur auf dem Schlachtfeld entschieden. Israel hat die Methoden nichtmilitärischer Kriegsführung perfektioniert. Kaum ein anderer Staat setzt so viele Mittel so kombiniert und geschickt ein wie der Genozidstaat Israel, sowohl im Inland wie auch im Ausland, teilweise mit willigen Helfern. Es sind zivile und militärische, reguläre und irreguläre sowie offene und verdeckte Mittel, Methoden, Taktiken und Strategien, psychologische Methoden und rohe Gewalt bis zu offenem Terror.

Von Ueli Schlegel

Israel arbeitet intensiv daran, die Legenden um seine Entstehung und sein Weiterbestehen aufrecht zu erhalten. Eine Legende, die vor allem in kleineren Ländern auf grosses Echo stösst, ist jene vom kleinen David (Israel), der sich gegen den grossen, brutalen Goliath (die angeblich vereinten arabischen Staaten rund um Israel) tapfer verteidigen muss. Diese Legende steht im Widerspruch zum Fakt, dass Israel eines der am stärksten militarierten Länder ist und massiv von den USA und anderen westlichen Staaten unterstützt wird (siehe dazu: *Unsere Welt*, Ausgabe 4 / 2024). Als Kolonie des Westens kämpften die Zionisten seit den ersten Ansiedlungen in Palästina ab 1910 gegen die palästinensische Bevölkerung. Aggressivität dieser Art ist nichts Einmaliges; sie ist typisch für Kolonialstaaten, die stets im Konflikt mit den ansässigen Menschen stehen.

Eine zweite Legende über Israel besagt, dass die Kibbuzim Israels, also die kleinen, basisdemokratischen und auf gemeinsamem Besitz beruhenden Siedlungen in Palästina seit 1910 so etwas wie die Keimzellen einer sozialistischen Gesellschaft seien. Tatsächlich haben die Kibbuzim vor allem in den 60er und 70er Jahren mit ihrer autonomen Organisation viele Menschen (oft sogenannte 68er) aus Europa und den USA angelockt, die aus der kleinbürgerlich-kapitalistischen Welt ihrer Herkunftsländer wenigstens für einige Zeit in eine fröhliche internationale Gemeinschaft entfliehen konnten. Nicht wenige dieser damaligen, heute schon älteren Kibbuz-Besucher:innen erinnern sich immer noch gerne an

jene Zeit und verdrängen oder verharmlosen dabei die Aggressivität des Staates Israel. Die Legende der Kibbuzim als Keimzelle eines fortschrittlichen israelischen Staates berücksichtigt nicht, dass die Kibbuzim immer schon von ihren nichtjüdischen Nachbarn und Nachbarinnen abgeschottet waren; genauer gesagt, hatten sie Palästinenser:innen verdrängt und ihnen Land weggenommen.

Ist Israelkritik Antisemitismus?

Die Behauptung, Israelkritik sei Antisemitismus, rankt sich um die Tatsache des Holocausts. Die schreckliche Ermordung von sechs Millionen jüdischer Menschen im Machtbereich der deutschen Nazi-Faschisten ist ein grausames Verbrechen, das kaum vorstellbare Ausmasse hatte. Den Holocaust allerdings zur Entschuldigung der heutigen Völkerrechtsverbrechen Israels herbeizuziehen, wie das zum Beispiel die deutsche Regierung als sogenannte «deutsche Staatsräson» zur scheinbaren Entlastung des schlechten Gewissens verlangt, entbehrt jeder Logik. Die Verbrechen Israels lassen sich nicht durch den Holocaust rechtfertigen. Israel als Staat ist keineswegs unfehlbar, Israel muss für seine Verbrechen kritisiert werden – wie jeder Staat, der Völkerrechtsverbrechen begeht. Der Holocaust war nicht der einzige Genozid der Geschichte. Man denke zum Beispiel an alle Genozide Grossbritanniens und aller Kolonialmächte in Asien und Afrika, an den Genozid an den Armeniern und an den Genozid der weissen Kolonialisten in Amerika.

Wichtig ist, jeden Rassismus, jede Ausgrenzung und Benachteiligung aufgrund der Herkunft oder des Glaubens eines Menschen strikt und konsequent zu bekämpfen, egal von wem der Rassismus kommt und gegen wen er gerichtet ist.

Pro-Israel-Propaganda

Kaum ein Staat wird von so vielen Propaganda- und Lobbyorganisationen unterstützt wie Israel. Die grösste und einflussreichste Organisation ist die umstrittene und reiche Organisation American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), die in den USA einen riesigen Einfluss ausübt – sie organisiert zum Beispiel für alle neu gewählten Mitglieder des US-Kongresses eine Reise nach Israel. AIPAC befindet sich politisch am rechten Rand. AIPAC setzt sich damit auch der Kritik vieler liberaler und antizionistischer jüdischer Menschen der USA und der ganzen Welt aus.

In der Schweiz sind zahlreiche Propagandisten und Lobbyisten tätig, unter anderem

- die Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI), eine zionistische Organisation; Zentralpräsidentin ist Corina Eichenberger-Walther (FDP, Aargau), unter anderem Verwaltungsrätin der Privatbank Dreyfus Söhne & Cie und Präsidentin des Verwaltungsrates beim Rüstungsunternehmen SwissP Defence. Ein «Erfolg» der GSI war 1975 die Kürzung der vom Bundesrat beantragten Subventionen an die UNESCO, weil sie Israel kritisierte.
- Keren Hayesod (Schweiz), sammelt Spenden für Israel und für Auswanderer nach Israel und setzt sich für ein Gross-Israel und Siedler ein.
- die parlamentarische Freundschaftsgruppe Schweiz-Israel (PGSI), Vorstandsmitglieder Nationalrat Erich Vontobel (EDU, Zürich), Nationalrat Philippe Nantermod (FDP, Wallis), Ständerätin Marianne Binder-Keller (Mitte, Aargau), Ständerat Daniel Jostsch (SP, Zürich), Nationalrat Alfred Heer (SVP, Zürich).



Israelische Grenzmauer in Jerusalem, 2016. Quelle: z/Vg.

- Fokus Schweiz-Israel
- Handelskammer Schweiz-Israel
- Audiatur-Stiftung (Stiftungspräsident: Nationalrat Alfred Heer, SVP)
- Audiatur-Online (Sacha Wigdorovits, Inhaber der PR-Firma Contract Media, bekannt zusammen mit Josef Bollag für die Kampagne gegen den Präsidenten der Gesellschaft Schweiz-Palästina, Geri Müller, im Jahr 2014). Unterstützt beispielsweise die vom US-Präsidenten Trump vorgeschlagene völkerrechtswidrige «Räumung» des Gaza-Streifens.
- Gönnerverein – Ein Herz für Israel (2018-2021, in Liquidation) mit der schon erwähnten Ständerätin Marianne Binder-Keller (Mitte, Aargau); der Verein diente offenbar der Mittelbeschaffung aus christlichen Kreisen für die Audiatur-Stiftung.

Daneben gibt es Organisationen, die zwar einerseits Antisemitismus und Rassismus bekämpfen, andererseits aber unter dem Vorwand, sich gegen Antisemitismus einzusetzen, Israelkritik in die Nähe des Antisemitismus rücken. Sie berufen sich auf die umstrittene Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Die IHRA vermischt zynisch die Kritik am Völkermordstaat Israel mit Antisemitismus; auf diese Art erweist sie dem Kampf gegen Antisemitismus leider einen Bärendienst. Zu den Gruppen, die sich auf die IHRA-Definition beziehen, gehören beispielsweise:

- Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA)
- Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz (CJA)
- Never Again Is Now (NAIN), ein Verein, der sehr gute Beziehungen zur NZZ und zum Zürcher Regierungsrat Mario Fehr hat und an der Diffamierung des Journalisten und Aktivisten Ali Abunimah von Electronic Intifada beteiligt war.
- Verein jüdischer Studierender Zürich (VJSZ)

Einige dieser Gruppen verunglimpfen die vielen jüdischen Personen und Organisationen, die sich der einseitigen Israel-Propaganda nicht unterordnen.

Neben politischen Organisationen existieren zahlreiche christlich-ökumenikal-fundamentalistische, streng bibelgläubige Gruppen oder Sekten, die Israel jenseits jedes politischen Wissens unterstützen, weil es das «heilige Land» sei, in dem bald das erwartete «Jüngste Gericht» stattfinden werde.

Geheimdienste und Terror

In Israel existieren mindestens drei sehr gut organisierte Geheimdienste: Schin Bet, der Inlandgeheimdienst; Aman, der militärische Geheimdienst; und Mossad, der Auslandgeheimdienst. Die Geheimdienste haben etliche tausend Mitarbeiter:innen. Zu den bekanntesten Einsätzen des Mossad gehören die Entführung des deutschen Kriegsverbrechers Adolf Eichmann 1960 und die Entführung

des Whistleblowers Mordechai Vanunu aus Italien 1986. Vanunu hatte zuvor das israelische Atomwaffenprogramm aufgedeckt; er wurde in Israel zu 18 Jahren Gefängnis und anschliessend zu Hausarrest verurteilt. Die Geheimdienste verüben zahlreiche Mord- und Terroranschläge. In letzter Zeit bekannt geworden sind unter vielen anderen das Attentat auf den iranischen Atomphysiker Mohsen Fakhrizadeh (2020) und der Terrorakt gegen die Hisbollah im Libanon mit dem Mittel manipulierter Funkempfänger (Pager), die 2024 innerhalb der Lieferkette abgefangen und mit eingebauten, explodierenden Teilen bestückt wurden. Bei den Explosionen starben mehrere Menschen; etwa 2800 wurden teils stark verletzt, viele Zivilisten und Kinder waren unter ihnen.

Trojaner und Spionagesoftware

Trojaner – auch Spyware genannt – sind Programme, die sich gegen den Willen und ohne Wissen von Computer- und Mobiltelefonbesitzern in elektronischen Geräten einnisten. Israel ist führend bei der Herstellung solcher Software, die weltweit von Geheimdiensten und Polizeistellen eingesetzt wird, um Kriminelle, Journalist:innen, Geheimnisträger:innen und politische Gegner:innen zu überwachen. Das bekannteste Produkt ist «Pegasus» der israelischen Firma NSO. Die Virenschutzsoftware Kaspersky erkennt Pegasus – und auch seine Mitkonkurrenten Reign und Predator – und stellt ein Tool zum Auffinden der Spyware zur Verfügung; offenbar ist das und nicht die ursprüngliche Herkunft aus Russland der Grund, dass die US-Regierung unter Biden Kaspersky verbieten wollte.

Zensur

Die israelischen Bürger werden von ihrem Staat daran gehindert, die ganze Wahrheit und Informationen der anderen Seite zu erhalten – hier gilt nicht «audiatur et altera pars» (gehört werde auch die andere Seite). So ist zum Beispiel der in Katar stationierte Sender Al Jazeera in Israel im April 2024 verboten und blockiert. Netflix löschte im Oktober 2024 auf Betreiben Israels 19 palästinensische Filme. Die israelische Regierung will die Zeitung «Haaretz» bestrafen und einschränken, weil sie immer wieder Netanjahu und seine Minister kritisiert. Im November 2024 beschloss das Parlament verschiedene Gesetze, die die Meinungsäusserungsfreiheit einschränken.

Gefängnisssystem

Gefangene können in Israel wochen- oder jahrelang in Administrativhaft gehalten werden, ohne dass es zu einer Anklage kommt und ohne dass sie mit Rechtsanwält:innen oder mit ihren Verwandten sprechen können. In Israel können auch Kinder in Ge-

Fortsetzung Seite 6

Pieros Krieg

Von Fabrizio di André

*Ruhe begraben in einem Kornfeld,
Es ist nicht die Rose, es ist nicht die
Tulpe,
Die über dich wacht im Schatten der
Gräben,
Aber tausend rote Mohnblumen.*

*«Entlang der Ufer meines Stroms
Sollen silbrige Hechte schwimmen,
Keine Soldatenleichen mehr,
Vorübergetragen im Arm der Strömung.»*

*So sprachst du, und es war Winter,
Und, wie die anderen, gehst du
dahin in die Hölle,
Traurig wie jemand, der es tun
muss;
Und der Wind spuckt dir Schnee ins
Gesicht.*

*Bleib stehen, Piero, bleib jetzt
stehen,
Lass dir vom Wind einen Rat geben:
Er trägt die Stimme der in der
Schlacht Gefallenen zu dir.
Wer das Leben gab, bekam dafür ein
Verdienstkreuz.*

*Aber du hörtest es nicht, und die Zeit
verging
Mit den Jahreszeiten im Java-
Schritt,
Und es geschah, dass du die Grenze
übertratest
An einem schönen Frühlingstag.*

*Und während du frohgemut mar-
schierst,
Sahst du einen Mann am Ende des
Tals,
Der genauso gesinnt war wie du,
Aber mit einer Uniform in anderer
Farbe.*

*Schiess, Piero, schiess jetzt,
Und nach einem Schuss schiess noch
einmal,*

*Solange du nicht siehst, dass er,
ausgeblutet,
Zu Boden fällt und sein Blut bedeckt.*

*Und wenn du ihm in die Stirn oder
ins Herz schiessst,
Wird er nur noch Zeit haben, um zu
sterben,
Aber ich werde Zeit haben, um zu
sehen,
Um die Augen eines Mannes zu
sehen, der stirbt.*

*Und, während du ihm diese Sorge
widmest,
Dreht er sich um, sieht dich und hat
Angst,
Und mit dem Gewehr im Anschlag
Vergilt er dir die Güte nicht.*

*Du fielst auf den Boden ohne Klage,
Und dir wurde bewusst in einem
einzigsten Augenblick,
Dass die Zeit nicht ausreichen
würde,*

*Um für jede deiner Sünden um Ver-
gebung zu bitten.*

*Du fielst auf den Boden ohne Klage,
Und dir wurde bewusst in einem
einzigsten Augenblick,
Dass dein Leben an diesem Tag
enden würde,
Und dass es keine Rückkehr geben
würde.*

*«Meine Ninetta, im Mai zu sterben,
Das verlangt so viel, zu viel Mut.
Meine schöne Ninetta, geradewegs
in die Hölle
Wäre ich lieber im Winter gegang-
en.»*

*Und während das Korn dir zuhörte,
Umklammerten deine Hände das
Gewehr,
Umschloss dein Mund Worte,
Zu kalt, um in der Sonne zu schmel-
zen.*

*Ruhe begraben in einem Kornfeld,
Es ist nicht die Rose, es ist nicht die
Tulpe,
Die über dich wacht im Schatten der
Gräben,
Aber tausend rote Mohnblumen.*

Fabrizio di André (1940-1999) war ein italienischer Liedermacher, Anarchist und überzeugter Pazifist.

Wichtiger und dringender denn je!

Solidarität mit Kuba

Im November 2024 fand in Paris ein internationales Treffen der Kuba-Solidaritätsbewegungen statt. Es wurde ein umfangreicher Aktionsplan beschlossen, um den Kampf zur Unterstützung der Inselnation, die unter der US-Blockade und imperialistischen Aggressionen leidet, zu verstärken.

Von Samuel Wanitsch

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks verlor bekanntlich ein Grossteil der hiesigen Linken die Orientierung, bewegte sich opportunistisch zur Mitte oder resignierte. Nicht so die mit dem sichtbaren Erfolg der kubanischen Revolution vertrauten Kräfte. Ihnen war und ist bis heute bewusst, dass Kuba Solidarität und Unterstützung verdient und braucht. Kuba bleibt trotz permanentem Bashing durch die dominierende transatlantische Medieneinfalt ein Vorbild für fortschrittliche Kräfte in aller Welt, insbesondere auch im Süden. Und so gibt es dafür regelmässige kontinentale Zusammenkünfte, auch in Europa. Die mit Kuba solidarischen Organisationen trafen sich im Zweijahres-Rhythmus in einem anderen Land: Kopenhagen, Wien, Luxemburg, Istanbul, Terni/Roma, Sofia, Berlin, Prag, Stockholm, Bohinj (Slowenien). Und daneben natürlich auch in Kuba selber; erwähnenswert das Weltjugendfestival 1997 in Havanna, die Kolloquien zur Befreiung der in den USA eingekerkerten politischen Gefangenen «Los Cinco» (die Fünf Kubaner) in Holguin und die Seminare für Frieden und zur Abschaffung der Militärbasen in Guantánamo. Das alles wurde mit der Covid-Pandemie abrupt gestoppt und dann ein nächstes in Petersburg oder Moskau geplantes Europa-Treffen durch den Krieg verunmöglicht.

Endlich konnte nun Ende November 2024 in Paris ein nächstes «En-

cuentro Europeo de Solidaridad con Cuba» durchgeführt werden; mit durchschlagendem Erfolg: Es fand sich die Rekordteilnehmerzahl von mehr als 300 Delegierten aus 28 Ländern ein, darunter auch eine Delegation aus der Schweiz mit 13 Aktiven. «Selbstverständlich» war in den hiesigen vor «Freiheit und Demokratie» tiefenden Dominanzmedien kein Wort darüber zu lesen und keines der eindrücklichen Bilder aus dem Zentrum von Paris zu sehen.

Bösartige US-Blockade

Noch war die neueste dramatische Entwicklung im US-Imperium bis hin zur Ernennung des antikubanischen Rechtsextremisten Marco Rubio (notabene mit kubanischen Wurzeln) zum US-Aussenminister (!) nicht bekannt, aber zu befürchten. Die Antwort der Solidaritätsbewegung mit Kuba kann nur sein, Kräfte zu bündeln und noch engagierter zu arbeiten. So wurde denn ein Aktionsplan entwickelt in der Hoffnung, damit die dringenden Probleme anpacken und der unter der bösartigen, hassgetriebenen US-Blockade leidenden kubanischen Bevölkerung helfen zu können. Tatsächlich ist die Situation dramatisch und sind die beeindruckenden Errungenschaften der kubanischen Revolution in Gesundheits- und Bildungswesen arg bedroht.

Aus dem umfangreichen Aktionsplan von Paris seien also die folgenden konkreten Ansätze herausgepickt:

- Es soll eine stabile Koordinierungsstruktur für die Solidaritätsbewegung mit Kuba auf europäischer Ebene geschaffen werden.
- Es sollen Aktivitäten zur Verbreitung des Urteils des Internationalen Tribunals gegen die Blockade vom November 2023 im Europäischen Parlament in Brüssel organisiert werden. Dazu Planung neuer juristischer Schritte auf der Grundlage der Erfahrungen des Tribunals mit Einbezug von Juristenvereinigungen und anderen Fachleuten.
- Es sollen weitere nationale und regionale Kampagnen organisiert werden mit der Aufforderung an die US-Regierung nach Streichung Kubas von der Liste der Staaten, die angeblich den Terrorismus unterstützen.
- Aufruf zu weltweiten Mobilisierungen gegen die Blockade an bedeutenden Daten, wie dem 3. Februar, dem Tag, an dem die Blockade von der US-Regierung offiziell gemacht wurde, sowie rund um die Vorlage der kubanischen Resolution, die anlässlich der UNO-Vollversammlung Ende Oktober immer wieder die Aufhebung der Blockade fordert.
- Förderung von Reisen nach Kuba als Ausdruck wirtschaftlicher Hilfe, indem die europäische Kampagne «Visit Cuba» über die vom kubanischen Friedensinstitut ICAP und dem Reisebüro Amistur organisierten Brigaden und soziopolitischen Gruppen mit Leben erfüllt wird.
- Unterstützung der Arbeit von Medicuba-Europa und Einbeziehung weiterer Organisationen in die von dieser Organisation geförderten Kampagnen, wie z. B. Herzschriftmacher für Kuba, sowohl bei der Suche nach Finanzmitteln für Kooperationsprojekte als auch für den Kauf von Verbrauchsgütern, Medikamenten und Ausrüstungen für das kubanische Gesundheitssystem.
- Im Bereich Kommunikation soll das Projekt Cubainformacion.tv



«Eine andere Welt ist möglich. Danke, Kuba, für dein Vorbild». Aktion in Paris, im November 2024. Quelle: Samuel Wanitsch.

auch finanziell unterstützt werden als ein strategisches Instrument der Solidaritätsbewegung im Kampf gegen Falschnachrichten der Medien und zur Verteidigung der Wahrheit über Kuba. Dazu soll an Sendungen von Inhalten über Kuba und über die Arbeit der Solidaritätsorganisationen in jedem Land mitgearbeitet und berichtet sowie an der Übersetzung in andere Sprachen mitgeholfen werden.

- Nutzung der Plattformen und Netzwerke, die für junge Menschen und andere Sektoren von grosstem Interesse sind, wie z. B. Tik Tok usw., die nicht ausreichend genutzt werden, um eine stärkere Kommunikation und Kreativität in Bezug auf die kubanischen Themen zu erreichen.

«La mejor forma de decir es hacer» (Der beste Weg, etwas zu sagen, ist

es zu tun) – ganz im Sinne des kubanischen Nationalhelden José Martí ist die Vereinigung Schweiz-Cuba als erste Organisation zur Tat geschritten und hat am 3. Februar 2025 auf der «Place des Nations» vor der UNO in Genf eine eindrückliche Kundgebung durchgeführt.

Samuel Wanitsch ist Mitglied der nationalen Koordination der Vereinigung Schweiz-Cuba

Kuba helfen, ist auch ein Beitrag an den Frieden in der Welt. Kuba braucht unsere solidarische Unterstützung!

IBAN CH97 0900 0000 3003 6190 7
Vereinigung Schweiz-Cuba
Vermerk: Nothilfe
www.cuba-si.ch

Fortsetzung von Seite 5

fängnissen eingesperrt werden. Folter mit Eisenstangen, Elektroschocks, Hunden, Vergewaltigungen und Zigaretten ist in israelischen Gefängnissen üblich, wie die UNO und die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem berichten. Die hygienischen Bedingungen in den Gefängnissen werden bewusst schlecht gehalten, so dass sich etwa die Krätze stark verbreitet. Das betrifft vor allem palästinensische Gefangene. Beim Austausch von Gefangenen mit den Hamas-Geiseln wirken die freigelassenen Gefangenen oft um Jahre älter als sie wirklich sind. Gefangene werden manchmal zu Tode gefoltert, wie zum Beispiel der palästinensische Arzt Dr. Adnan Al-Bursh, einer der bekanntesten Ärzte des Gazastreifens, kurz nachdem er dort fast ohne Pause 14 Patient:innen operiert hatte. Das israelische Gefängniswesen ist eines Rechtsstaates absolut unwürdig.

Einschränkungen und Visaentzug

Das schon arg zerstückelte palästinensische Gebiet im von Israel 1967 besetzten Westjordanland wird durch die anhaltende illegale, aber von der israelischen Armee geschützte Besiedlung durch Siedler immer weiter zerstückelt. Während die etwa 600 000 israelischen Siedler gute Verkehrsverbindungen zum israelischen Gebiet aus der Zeit vor 1967 haben, müssen die 2,5 Millionen Palästinenser:innen oft grosse Umwege zurücklegen und zahlreiche israelische Sperrungen passieren, an denen sie manchmal stundenlang warten müssen. Auch hier wird wieder sichtbar, wie ungleich die Rechte der jüdischen Bürger:innen Israels und der palästinensischen Menschen sind. Tatsächlich hat Israel weder

eine Verfassung noch faktisch eindeutige Grenzen.

Wasserdiebstahl und Landwirtschaft

Israel hat eine sehr aggressive Wasserstrategie – man müsste sie eigentlich «Wasserdiebstahl» nennen. Es begann die Umsetzung seiner Wasserstrategie ohne Absprachen mit seinen arabischen Nachbarn schon in den 50er Jahren. Zur Fruchtbarmachung der Negev-Wüste baute Israel Wasserpipelines. So leitet es das Wasser des Jordan aus dem See Genezareth hunderte Kilometer weit um das Westjordanland herum in die im Süden des Landes gelegene Wüste. Es entzieht damit seinen arabischen Nachbarn und den Palästinenser:innen im Westjordanland Wasser, das dort weiterhin zur Bewässerung der Landwirtschaft nötig wäre.

47 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche im besetzten Westjordanland werden zum Anbau von Oliven genutzt, ein grosser Teil der Beschäftigten in der Landwirtschaft arbeitet als Erntehelfer:innen auf Olivenhainen. Olivenöle und -holzprodukte werden nicht nur in Palästina verkauft, sie werden auch exportiert. Die Olivenhaine werden immer wieder von israelischen Siedlern zerstört – teils um die Palästinenser:innen einzuschüchtern, teils um die israelischen Siedlergebiete zu vergrössern.

Behinderung der Palästinahilfe

Oft behindern israelische Behörden die Hilfswerke. Bekannt ist der Boykott der 1949 von der UNO gegründeten Hilfsorganisation UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) durch Israel. Dieser Boykott ist eine schwere Behinderung der Hilfs-

organisation, er vergrössert das Leid der Bevölkerung weiter. Israel schikaniert auch die westlichen Vertreter der Organisation, zum Beispiel wurde das israelische Visum des Direktors des UNRWA-Büros für das Westjordanland und Ostjerusalem, Roland Friedrich, willkürlich nicht verlängert, was zur Folge hatte, dass er nicht ausreisen und nicht wie geplant vor den Kommissionen der schweizerischen Räte aussagen konnte, weil er danach nicht mehr ins Westjordanland hätte einreisen können. Israel behindert nicht nur die UNRWA, sondern auch andere Hilfsorganisationen für Palästina. Leider unterstützen viele Nationalratsmitglieder die inhumane Politik Israels; so ergab die Abstimmung im Nationalrat im November 2024 eine Ja-Mehrheit von 99 zu 88 Stimmen für die Motion Zuberbühler (SVP), die die schweizerische finanzielle Unterstützung der UNRWA stoppen will.

Jüdischer Widerstand gegen die Politik Israels

Es darf auf keinen Fall vergessen werden, dass sehr viele Menschen jüdischer Abstammung und Religion in Israel und in vielen anderen Staaten sich gegen die heutige rechte Regierung Israels und oft überhaupt gegen den Kolonialismus und die Politik Israels auflehnen. Alle diese Menschen leisten eine sehr wertvolle Arbeit. Sie schützen Palästinenser:innen direkt vor Willkür und Gewalt, sie informieren die Weltbevölkerung über das geschehene Unrecht und über Propagandalügen. Diese tapferen Menschen werden selbst immer wieder verfolgt. Ihr Einsatz ist auch deshalb wichtig, weil sie uns zeigen, dass nicht Antisemitismus die Lösung ist, sondern der Kampf für Frieden, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen.

Inserat

Ostermarsch für den Frieden 2025

Gegen nukleare und militärische Aufrüstung. Für echte Sicherheit!

Wir erleben einen friedenspolitischen Rückschlag – in der Schweiz und weltweit. Die Schweiz brüstet sich mit humanitären Werten, untergräbt jedoch innen- und aussenpolitisch diesen Ruf. Obwohl die Atommächte ihre Atomwaffenarsenale aufstocken, ist die Schweiz dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO noch immer nicht beigetreten. Dass der Bundesrat den Beitritt zum wichtigsten Abrüstungsvertrag unserer Zeit nach wie vor verweigert, ist unverständlich.

Gleichzeitig steckt die Regierung zusätzliche Milliarden in eine Armee, die den tatsächlichen Sicherheitsrisiken kaum gewachsen ist. Es fehlt eine nüchterne Bedrohungsanalyse. Eine Schweiz, die sich wirklich für Humanitarismus und einen umfassenden Frieden, internationale Zusammenarbeit und die Stärkung multilateraler Organisationen einsetzt, würde gut daran tun, sich dem Aufrüstungs-Trend entschieden entgegenzustellen.

Wie wäre es, Frieden statt Feuerwaffen zu exportieren, Kitas statt Kanonen zu fördern oder endlich auf die tödlichen Sicherheitsrisiken von Atomwaffen und Atomkraft zu verzichten? So würde die soziale, ökologische und territoriale Sicherheit der Schweiz gestärkt. Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für eine Schweiz, die sich für einen umfassenden Frieden engagiert und die Grundsteine für eine sicherere, atomwaffenfreie Welt legt!

Wir fordern vereint:

- den Beitritt der Schweiz zum internationalen Atomwaffenverbotsvertrag
- den Verzicht auf die Lockerung der Kriegsmaterialgesetzgebung
- den Stopp der milliardenschweren und planlosen Aufrüstung der Armee
- keine Kürzung der Gelder bei der internationalen Zusammenarbeit
- eine Sicherheitspolitik, die auf einer nüchternen Bedrohungsanalyse beruht
- den Stopp der andauernden Schwächung des Zivildienstes
- ein Ende der geschlechtsspezifischen Gewalt – kurz: eine feministische Sicherheitspolitik
- ein Ende der rassistischen Asylpolitik und der Militarisation von Grenzen
- einen gerechten Frieden in den Kriegen in aller Welt, insbesondere in Nahost, in der Ukraine, im Sudan und in weiteren Konfliktregionen.

Bern, Eichholz an der Aare
Montag, 21. April 2025

13.15h Besammlung • 14.30h Schlusskundgebung Münsterplatz



**Basler Frauenbewegung
für Frieden und
Fortschritt
BFFF**

Trumps Gaza-Politik

Brutaler Kolonialkapitalismus

Die Immobilienvision des US-Präsidenten für Gaza – verabscheuungswürdig und rechtswidrig – ist der Inbegriff des modernen westlichen Kolonialprojekts.

Von Michael R. Allen

Als US-Präsident Donald Trump am 4. Februar neben dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu auf einer gemeinsamen Pressekonferenz stand, legte er in seiner Rhetorik über Gaza etwas offen. Laut Trump werden die USA Gaza «besitzen», Palästinenser werden gewaltsam in arabische Staaten umgesiedelt und es wird nie einen unabhängigen palästinensischen Staat geben. Während der US-Staat unter Trumps Vorgänger Joe Biden die notwendige materielle und rhetorische Unterstützung für einen langsamen Völkermord an der Bevölkerung von Gaza leistete, haben Biden und seine Untergebenen nie offen den Wunsch geäußert, Gaza zu kolonisieren. Die logische Schlussfolgerung war, dass Israel seine eigene Kolonisierung von Gaza abschliessen würde, während die USA diplomatisch intervenieren würden.

Nun werden die USA nicht nur die Souveränität des palästinensischen

Volkes verletzen, sondern Israel wird nicht einmal einen Platz am Verhandlungstisch haben: «Die USA werden den Gazastreifen übernehmen, und wir werden (...) die zerstörten Gebäude beseitigen und eine wirtschaftliche Entwicklung schaffen, die eine unbegrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen und Wohnraum bieten wird», sagte Trump vor Journalisten, während Netanjahu daneben stand. Als Trost für Netanjahu schien Trump anzudeuten, dass die USA bald die israelische Annexion des Westjordanlandes unterstützen würden.

Rhetorik der Enteignung

Menschenrechtsaktivisten waren bereits empört über die Kommentare des neu ins Amt eingeführten Trump zu Gaza zu Beginn des mühsamen, langwierigen Waffenstillstandsabkommens. Trump schlug vor, die Palästinenser in Gaza nach Ägypten und Jordanien umzusiedeln, und griff

damit die Rhetorik der Enteignung auf, die seit Langem von der israelischen faschistischen Rechten geäußert wird. Laut Trump sei Gaza durch die völkermörderischen Bombardierungen, die er und seine rechten Verbündeten bejubelten, bereits zu einer «Abrissstelle» geworden. Warum also nicht die Menschen umsiedeln und das Gebiet frei von den demokratischen Wünschen der Menschen neu aufbauen?

Trump, der Präsident der Immobilienentwickler, versteht besser als der ethno-nationalistische Eiferer Netanjahu, dass die eigentliche Grundlage für die Kolonisierung die Enteignung und die Schaffung neuen Eigentums für die Kolonisatoren ist. Und Trumps Schwiegersohn Jared Kushner hat echte Schritte unternommen, um mit saudischem Kapital in der Tasche ein Vermögen mit dem «Wiederaufbau» des Gazastreifens zu machen.

Leider gibt es für die Palästinenser keinen wirklichen Unterschied zwischen den rechtsextremen Visionen von Trump und Israel für die Zukunft des Gazastreifens. Beide laufen auf Zwangsenteignung und Zwangsum-



Enge Bündnispartner: Trump und Netanjahu. Quelle: zVg.

siedlung hinaus – was Menschenrechtler als ethnische Säuberung und als Völkermord ansehen. Beide sind in Bezug auf die Beherrschung und Unterwerfung eines Volkes vollständig kolonial und verfolgen das ausdrückliche Ziel, dessen Land zu stehlen.

Hauptgeldgeber für illegale Siedlungen

Betrachten wir Trumps geäußerte Idee der Zwangsumsiedlung nach der Amtseinführung: «Ich würde mich lieber mit einigen der arabischen Nationen zusammentun und an einem anderen Ort Wohnungen bauen, wo sie meiner Meinung nach zur Abwechslung vielleicht in Frieden leben könnten.» Hier offenbart sich der gefühllose Materialismus eines Bauunternehmers: Man identifiziert eine Krise, die eine Möglichkeit zur Kapitalbeschaffung bietet, gibt ein Aufmerksamkeits erregendes Versprechen («Frieden»), findet Entwicklungspartner (die das Kapital bereitstellen) und arbeitet mit dem rassistischen Völkermord-Staat zusammen, um ein Projekt zu realisieren. Die palästinensische Behörde wird ebenso wenig angesprochen oder anerkannt wie die Bewohner von Stadtvierteln in den USA, die Trump und andere Bauunternehmer abreißen oder gentrifizieren lassen.

Leider scheinen Trumps Worte kein abstraktes Geschwafel zu sein, sondern eine kryptische Offenlegung tatsächlicher Entwicklungen. Kurz vor Beginn des «Waffenstillstands» erlaubten die israelischen Behörden Jared Kushners Unternehmen Affinity Partners den Kauf einer Beteiligung von fast zehn Prozent an dem israelischen Unternehmen Phoenix Financial.

Phoenix Financial ist der Hauptgeldgeber für illegale Siedlungen im Westjordanland und auf den Golanhöhen. Kushners Arbeit an den Abraham-Abkommen findet grossen Anklang bei israelischen und amerikanischen Zionisten, aber auch bei arabischen Eliten, die sich in letzter

Zeit für die Unterstützung der Palästinenser einsetzen. Er verkörpert die Art von Kapitalisten, die gerne mit rechtsextremen Regimes zusammenarbeiten.

Kushners Firma ist nun mit 2 Milliarden US-Dollar Eigenkapital aus dem saudischen Staatsfonds ausgestattet. Trumps Aussage über die Entwicklung neuer Wohnanlagen mit einem arabischen Partnerland hat somit eine potenzielle Realität – seine eigene Familie hat bereits die Beziehungen, um ein solches Projekt zu verwirklichen.

Präsident der Immobilienentwickler

Die Immobilienvision von Gaza – in der die Bewohner zunächst durch Isolation bestraft, dann durch Bedingungen, die auf ihre Beseitigung abzielen, getötet und schliesslich von ihrem Land umgesiedelt werden, nachdem sie es gewagt haben, zu überleben – ist im Wesentlichen das moderne westliche Kolonialprojekt. Die Kolonisierung baut ihre Anhängerschaft zwar durch die Berufung auf rassische Überlegenheit auf, die die Bewohner entmenslicht, aber letztendlich wird Land geraubt, auf dem die Kolonisatoren Werte schaffen können, die einen Mehrwert generieren. Es gibt viele bedauernswerte Menschen, die sich freuen werden, wenn Gaza von jedem letzten Palästinenser befreit wird, aber dann gibt es auch die Menschen, die die Räumung wollen, um den Profit aus dem neuen Privateigentum an dem Land zu ziehen.

Trump, der Präsident der Immobilienentwickler, versteht besser als der ethno-nationalistische Eiferer Netanjahu, dass die eigentliche Grundlage für die Kolonisierung die Enteignung und die Schaffung neuen Eigentums für die Kolonisatoren ist.

Michael R. Allen lehrt Geschichte an der West Virginia University.

Quelle: Common Dreams. Übersetzung: Martin Schwander.

Palästina-Aktivist verhaftet

Journalismus ist kein Verbrechen!

Der palästinensisch-amerikanische Journalist Ali Abunimah wurde am 25. Januar in Zürich festgenommen und zwei Tage später nach Istanbul abgeschoben, angeblich wegen eines Einreiseverbots. Dieser Vorfall ist Teil der systematischen Zensur palästinensischer Stimmen im Westen und ein Angriff auf die Meinungsfreiheit. Medien und Politiker:innen, darunter Mario Fehr, hatten Abunimah im Vorfeld mit unbelegten Vorwürfen diffamiert. Wir dokumentieren im Folgenden den Bericht von Abunimah über seine Verhaftung.

Von Ali Abunimah

Ich bin frei! Ich habe dies im Flugzeug geschrieben und veröffentlicht es gleich nach der Landung in Istanbul. Am 27. Januar wurde ich in Handschellen, in einem kleinen Metallkäfig in einem fensterlosen Gefängniswagen zum Flughafen Zürich gebracht und von der Polizei den ganzen Weg bis hin zum Flugzeug geführt. Dies geschah nach drei Tagen und zwei Nächten in einem Schweizer Gefängnis, abgeschnitten von jeglicher Kommunikation mit der Aussenwelt, 24 Stunden am Tag in einer Zelle mit nur einem Zellengenossen und ohne die Erlaubnis, meine Familie zu kontaktieren.

Am Samstag, 25. Januar beschuldigten sie mich bei einem Polizeiverhör in Anwesenheit meiner Anwältin des «Verstosses gegen Schweizer Recht», ohne mir jemals zu sagen, welches Verbrechen ich in der Schweiz begangen hatte, oder irgendwelche Anklagen aufzulisten. Soweit ich weiss, wurde mir keinerlei Verbrechen zur Last gelegt und ich wurde in «Administrativhaft» gehalten. Am Sonntagmorgen holten sie mich aus

meiner Zelle, um mich von Geheimdienstagenten des Schweizer Verteidigungsministeriums ohne Anwesenheit meiner Anwältin zu verhören, und sie verweigerten mir erneut den Kontakt zu ihr oder meiner Familie.

Ich weigerte mich, ohne meine Anwältin mit ihnen zu sprechen, und forderte sie auf, mich in meine Zelle zurückzubringen. Während meiner Haft lehnte ich jede Mahlzeit und jede Tasse Kaffee oder Tee ab, die sie mir anboten, ausser der letzten Mahlzeit, nachdem ich wusste, dass ich nach Hause gehen würde. Ich nahm nur Wasser an, was das Recht jedes Menschen ist.

Roter Teppich für die echten Verbrecher

All dies geschah, nachdem ich am Samstag gegen 13.30 Uhr auf dem Weg zu einer Palästina-Veranstaltung von verdeckten Ermittlern auf der Strasse entführt, in Handschellen gelegt, in ein Zivilfahrzeug gezwängt und direkt ins Gefängnis gebracht worden war. Mein «Verbrechen»? Ein Journalist zu sein, der sich für Palästina und gegen Israels Völkermord und die koloniale Brutalität der Siedler:innen sowie gegen diejenigen einsetzt, die den Völkermord unterstützen und begünstigen. Ich bin auf Einladung von Schweizer Bürger:innen in die Schweiz gekommen, um über Gerechtigkeit für Palästina zu sprechen, über die Rechenschaftspflicht für einen Völkermord, an dem auch die Schweiz beteiligt ist. Doch während ich wie ein gefährlicher Krimineller ins Gefängnis geschleppt wurde, bevor ich überhaupt die Chance hatte, ein Wort zu sagen, wurde der israelische Präsident Isaac Herzog, der zu Beginn des Völkermords erklärte, es gebe in Gaza keine

Zivilist:innen, keine Unschuldigen, in Davos mit einem roten Teppich empfangen, einem Teppich, der mit dem Blut der über 47000 bekannten Opfer des Völkermords und der Tausenden weiteren getränkt war, die noch immer unter den Trümmern liegen oder an vorsätzlich herbeigeführtem Hunger und verweigerter medizinischer Versorgung starben.

Und an diesem Tag reist Netanjahu ungehindert nach Polen, um die Gedenkfeier für Auschwitz zu verspotten, obwohl ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen ihn vorliegt. Das ist die perverse, ungerechte Welt, in der wir leben. Diese Tortur dauerte drei Tage, aber dieser Vorgesmack auf das Gefängnis war mehr als genug, um mich noch mehr in Ehrfurcht vor den palästinensischen Held:innen zu versetzen, die Monate und Jahre in den Gefängnissen des Völkermörders ausharren. Mehr denn je weiss ich, dass wir die Schuld, die wir ihnen schulden, nie zurückzahlen können und dass sie alle frei sein müssen und dass sie weiterhin unser Fokus bleiben müssen.

Die Polizei gab mir mein Telefon erst am Gate des Flugzeugs zurück, daher sehe ich erst jetzt das Ausmass der überwältigenden Unterstützung und Solidarität aus der ganzen Welt. Ich bin jedem Einzelnen, der sich für mich eingesetzt hat, zutiefst dankbar. Besonders dankbar bin ich meiner Anwältin Dina Raewel und ihrem Team, unseren Freund:innen in Zürich, von denen ich später erfuhr, dass sie vor dem Gefängnis demonstrierten, meiner Familie und meinen Kollegen bei Electronic Intifada und so vielen anderen. Ich hatte ehrlich gesagt keine Ahnung, was ausserhalb dieses Betonraums geschah! Ich danke euch von ganzem Herzen. Ich möchte die ganze Geschichte erzählen, was passiert ist, weil ich denke, dass es wichtig ist, dass die Menschen wissen, wie tief ihre westlichen sogenannten «Demokratien» im erbärmlichen Dienst des völkermörderischen Zionismus gesunken sind. Im Moment bin ich froh, auf dem Weg nach Hause zu sein.

Journalismus ist kein Verbrechen! Sich für Palästina einzusetzen ist kein Verbrechen! Sich gegen rassistischen, völkermörderischen Zionismus zu stellen ist kein Verbrechen! From the River to the Sea, Palestine will be Free!

Quelle: X. Übersetzung: UW.



Ali Abunimah. Quelle: zVg.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Fr. 20.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 50.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein gratis Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch



Alltag im sahraouischen Flüchtlingslager Smara bei Tindouf, Algerien. Quelle: zVg.

Westsahara – Spanien

Zwischen Völkerrecht und Verrat

In seinem 2023 erschienenen Buch «Sahara Occidental Viaje a la libertad» beschreibt der Sahraoui Taleb Alisalem wie sich Spanien seit mehr als 50 Jahren seiner völkerrechtlichen Verpflichtung entzieht, seine Kolonie Spanisch-Sahara (Westsahara) in die Unabhängigkeit zu entlassen und die Westsahara stattdessen der marokkanischen Königsherrschaft überlässt. Dieser Verrat, der 1974 unter dem faschistischen Spanien General Franco's begann, wird bis heute von allen spanischen Regierungen – von links bis konservativ – weiter betrieben.

Von Henriette Hanke Güttinger

Bei der Aufteilung Afrikas durch die Kolonialmächte (1884-85) übernahm Spanien die Kolonie Spanisch-Sahara. Mit der Resolution 1514 setzte die UNO-Generalversammlung 1960 dem Kolonialismus völkerrechtlich ein Ende und verpflichtete die Länder, ihre Kolonien in die Unabhängigkeit zu entlassen. 1965 forderte dann die UNO-Generalversammlung das faschistische Spanien mit der Resolution 2072 explizit dazu auf, die Kolonialherrschaft in der Spanisch-Sahara sofort zu beenden und mit Verhandlungen über die Souveränität des Gebietes zu beginnen. Zwei Jahre später versprach General Franco, in der spanischen Kolonie ein Referendum durchzuführen. Da dies ohne Folgen blieb, versuchte die sahraouische Befreiungsbewegung MLS über Verhandlungen und friedliche Kundgebungen ihre Unabhängigkeit zu erreichen. 1970 schlug General Franco eine friedliche Demonstration der MLS in El Ayoun mit massiver Gewalt nieder (Verhaftungen, Folter, Verschwindenlassen von Sahraouis). Derart abgedrängt vom gewaltlosen Widerstand, gründeten 1973 sahraouische Studenten in Rabat die Frente Polisario zur Befreiung der Westsahara und begannen mit dem bewaffneten Widerstand.

Kolonialer Anspruch

1974 erklärte sich Spanien gegenüber der UNO dazu bereit, zur Entkolonialisierung der Westsahara «die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, damit die autochthone Bevölkerung ihr Recht auf freie Selbstbestimmung ausüben kann».

In der Folge stellten Marokko und Mauretanien Anspruch auf die spanische Kolonie. Marokko argumentierte, in vorkolonialer Zeit hätten «die sahraouischen Stämme immer den Sultanen des marokkanischen Königs gehuldigt» und verlangte zu dieser Frage ein Gutachten des Internationalen Gerichtshof in Den Haag (IGH). Dieser kam am 16. Oktober 1975 zum Schluss, «dass die ihm zur Verfügung gestellten Elemente und Informationen keine territoriale Souveränitätsbeziehung zwischen dem Gebiet der Westsahara einerseits und dem Königreich Marokko oder Mauretanien andererseits belegen». Einer

sofortigen Entkolonialisierung der Spanisch-Sahara stehe daher nichts im Wege.

Der marokkanische König und Mauretanien ignorierten den Entscheid des IGH und begannen am 31. Oktober 1975, die Westsahara militärisch zu besetzen. Vor den vorrückenden Truppen und den Bombardierungen mit Napalm und Phosphor flüchteten viele Sahraouis in die algerische Sahara bei Tindouf. Am 27. Februar 1975 rief dann der sahraouische Ältestenrat in Bir Lehlou die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) aus, die bis heute als Exilstaat in den Flüchtlingslagern bei Tindouf besteht.

Erster Verrat

Nur 29 Tage nach dem Gutachten des IGH – General Franco lag im Sterben – übergab das faschistische Spanien am 14. November 1974 mit dem Vertrag von Madrid seine Kolonie Spanisch-Sahara dem marokkanischen König und Mauretanien. Zwei Jahre später versuchte Spanien, sich seiner völkerrechtlichen Verpflichtung zur Entkolonialisierung der Spanisch-Sahara in einem Schreiben an die UNO zu entledigen. Gestützt auf den Vertrag von Madrid «beendet die spanische Regierung mit dem heutigen Tag endgültig ihre Präsenz auf dem Gebiet der Sahara», so die spanische Regierung.

Der Vertrag von Madrid und der Rückzug Spaniens aus seiner Verantwortung für die Kolonie Spanisch-Sahara sind völkerrechtswidrig. Die Westsahara steht nach wie vor auf der Liste der Territorios No Autónomos der UNO, für deren Entkolonialisierung gemäss UNO-Resolution 1514 Spanien als Verwaltungsmacht immer noch zuständig ist, auch wenn Marokko de facto das Gebiet kontrolliert, so Taleb Alisalem.

Das häufigste Argument, weshalb Spanien seine völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht eingehalten habe – so Taleb Alisalem – sei, dass Spanien 1974 am Ende der Herrschaft von General Franco eine schwierige innenpolitische Situation hatte. Der Vertrag von Madrid sei der schnellste und einfachste Weg gewesen, um sich von der Aufgabe der Entkolonialisierung zu befreien. Deklassifizierte Do-

kumente der CIA zeichnen ein etwas anderes Bild, so Taleb Alisalem. Der Vertrag von Madrid sei zwischen dem spanischen König Juan Carlos I, den USA und Frankreich aushandelt worden, welche mit Juan Carlos vereinbart hätten, ihn nach dem Tode Francos als Staatschef zu unterstützen, wenn Spanien dafür die Westsahara an Marokko und Mauretanien übergebe.

Zweiter Verrat

Das Wahlversprechen von Felipe Gonzales – Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) – nach dem Tode Francos war, Spanien echte Demokratie und dem Volk der Sahraouis Gerechtigkeit zu bringen. 1976 hielt Gonzales in den sahraouischen Flüchtlingslagern in Algerien eine emotionale Rede, in der er das Abkommen von Madrid verurteilte und den Sahraouis versprach: «Unsere Partei wird Euch unterstützen bis zu Eurem endgültigen Sieg!» Nachdem Gonzales 1982 zum spanischen Regierungspräsidenten gewählt worden war, führte ihn sein erster Staatsbesuch zum marokkanischen König, «welchem er sich sehr nahe zeigte», so Taleb Alisalem. Zur gleichen Zeit habe die marokkanische Armee den sahraouischen Widerstand in der Westsahara bombardiert. Die Rede von 1976, die bei den Sahraouis grosse Hoffnungen geweckt hatte, und dann der schmachliche Verrat des «Sozialisten» Gonzales haben sich tief in das Gemüt der Sahraouis eingegraben, wie das Lied Shouka (Dornen) der sahraouischen Volkssängerin Mariem Hassan zeigt: «Gonzalez, wir hörten dir zu voller Respekt und öffneten unsere Zelte für dich. (...) Es scheint, du hast all diese Versprechen vergessen, die du meinem Volk gemacht hast. Wir haben keinen Respekt mehr für dich! Denn du hast dich zum Diener der Eindringlinge gemacht. (...) Mit wortgewandten Reden hast du die Macht gewonnen, um dann Waffen an Marokko zu verkaufen. Deine Worte haben sich in Luft aufgelöst. Wir haben dir geglaubt und du hast uns im Stich gelassen.»

Alle Regierungen seit Gonzales – von links bis konservativ – sind auf diesem Kurs geblieben. Auch José Luis Rodríguez Zapatero von der PSOE unterstützte 2004 Marokko politisch und wirtschaftlich und verkaufte diesem Waffen zu reduzierten Preisen, so Taleb Alisalem.

Dritter Verrat

Um das Recht des sahraouischen Volkes auf Selbstbestimmung zu hintertreiben, verfasste die marokkanische Regierung 2007 ein Autonomiekonzept zuhanden der UNO, das für die Kolonie Spanisch-Sahara einen Autonomiestatus unter marokkanischer Souveränität vorsieht. In einem Schreiben an den marokkanischen König unterstützte der spanische Regierungschef Pedro Sanchez 2022 den marokkanischen Autonomieplan als seriöseste, glaubwürdigste und realistischste Lösung für die Westsahara. Damit hat Spanien das sahraouische Volk zum dritten Mal verraten, indem es «mit einem Federstrich die Pflicht beseitigt, die Spanien für die Durchführung der Dekolonisierung des sahraouischen Territoriums hat». Spanien trete das Völkerrecht und den Willen des sahraouischen Volkes mit Füßen, so Taleb Alisalem.

Die Mehrheit der spanischen Bevölkerung lehnt diese Politik ab und unterstützt das sahraouische Volk mit solidarischen Organisationen. «Wenn es vom spanischen Volk abhängen würde, und nicht von seinen Politikern, diese Frage wäre schon mehr als gelöst und das sahraouische Volk könnte sich heute seines Landes, seines Meeres und seiner reichen Bodenschätze erfreuen», so Taleb Alisalem.

Mehr Informationen: www.suks.ch

Neutralitätsinitiative

Friedlich – blockfrei

Die Neutralitätsinitiative, die im Mai 2024 zustande kam, fordert eine striktere Auslegung der Neutralität, um Annäherungen an Militärbündnisse zu verhindern und eine neutrale internationale Stellung der Schweiz zu garantieren. Wieso sollten Linke diese Initiative unterstützen?

Von Timeo Antognini

Die Neutralitätsinitiative fordert eine neutrale Schweiz, die keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitrifft (ausser bei einem direkten Angriff auf die Schweiz). Sie fordert zudem die Nichtbeteiligung an militärischen Auseinandersetzungen, inklusive die Nichtübernahme einseitiger nichtmilitärischer Zwangsmassnahmen (z.B. Wirtschaftssanktionen). Die Schweiz soll ihre Neutralität dazu nutzen, um als Vermittlerin bei Konflikten zwischen anderen Ländern zu wirken. Die Neutralität soll dabei «immerwährend und bewaffnet» sein.

Aus linker Perspektive würde die Initiative der schleichenden Annäherung der Schweiz an das NATO-Bündnis ein Ende setzen. Insbesondere unter Bundesrätin Viola Amherd wurde eine solche Annäherung stark vorangetrieben. Im Sommer 2024 veröffentlichte eine vom VBS eingesetzte Kommission einen Bericht, der eine stärkere Kooperation mit der NATO forderte. Im selben Jahr erreichte uns die Information über die Eröffnung eines Verbindungsbüros der NATO in Genf. Amherd beteuerte zudem, mehr Übungen mit NATO-Truppen durchführen zu wollen. Diesem Trend muss entgegengewirkt werden.

Isolationismus?

Das von der Initiative geforderte Verbot von einseitigen Sanktionen würde der Schweiz wieder einen glaubwürdigen neutralen Ruf in der ganzen Welt ermöglichen. Dies, nachdem sich die Schweiz jahrzehntlang faktisch einseitig auf die Seite des kollektiven Westens gestellt hat. So hat die Schweiz immer wieder einseitige Sanktionen der EU übernommen, die sich stets gegen Gegner und Feinde des Westens gerichtet haben. Dies hat dazu geführt, dass die Schweiz von Ländern wie Russland und den Ländern des Globalen Südens nicht mehr als neutrales Land wahrgenommen wird.

Als einziges wirklich blockfreies Land in Westeuropa könnte die Schweiz Grosses zu einer friedlicheren internationalen Ordnung beitragen. Dabei sollte sie sich meines Erachtens an der Bewegung der blockfreien Staaten in der UNO orientieren.

Buchtipps

Annemarie Sancar: Immer für den Frieden – Louise Schneider, 90 Seiten, Fr. 15.

Was bedeutet es heutzutage, sich für Frieden einzusetzen? Darf man sich überhaupt noch für ein Land ohne Armee aussprechen? Der Weg zum Frieden ist hürdenreich. Ohne Wachsamkeit, Geschicklichkeit und Mut ist er kaum zu bewältigen. Es braucht viel Geduld, Hartnäckigkeit und einen kritischen Blick auf das Weltgeschehen, lokale Politik, Wirtschaft und das Geld. Basierend auf Texten, Artikeln und Gesprächen gelingt der Autorin Annemarie Sancar das facettenreiche Bild einer ungewöhnlichen und beispielhaften Frau zu zeichnen. Die Geschichte von Louise Schneider, einer Berner Friedensaktivistin der ersten Stunde, macht Mut für eigene Überzeugungen einzustehen.

Annemarie Sancar ist promovierte Sozialanthropologin. Sie hat für verschiedene Zeitschriften und Sammelbände Artikel zu ihren Themenschwerpunkten Gendern und Gerechtigkeit

Viele haben die Initiative als isolationistisch gebrandmarkt. Dies trifft jedoch nicht zu. Die Schweiz würde weiterhin die Sanktionen der UNO mittragen, die trotz vieler Probleme die einzige rechtmässige Vertreterin der Völkergemeinschaft ist. Zudem würde die Schweiz weiterhin Massnahmen umsetzen, um die Umgehung von Zwangsmassnahmen anderer Länder zu verhindern. Die Schweiz würde mit dieser Politik die UNO stärken und sich auf internationaler Ebene als Friedensstifterin etablieren.

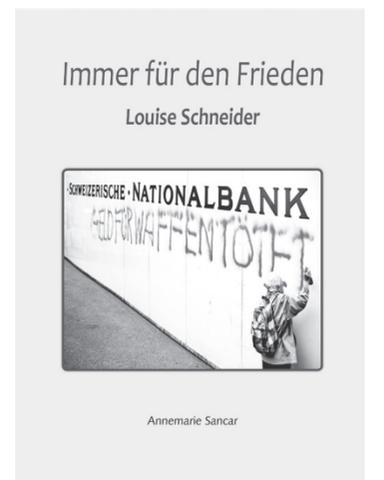
Politik der Solidarität

Die Bewegung der blockfreien Staaten steht für internationale Entspannungspolitik und gegen eine neue Blockkonfrontation. Diese Länder des Globalen Südens sind sich bewusst, dass einseitige Sanktionen hauptsächlich von Ländern des Globalen Nordens erlassen werden und katastrophale Konsequenzen für die betroffenen Länder und Bevölkerungen haben. Deshalb lehnen sie einseitige Sanktionen, die also nicht von den Vereinten Nationen entschieden wurden, konsequent ab. Eine strikte Neutralität, die sich gegen willkürliche, einseitige Sanktionen ausspricht, ist somit auch eine Politik der Solidarität mit den ärmsten Ländern der Welt.

Neutralität als progressiver Wert

Trotz der Ablehnung der SP haben sich viele Linke für die Neutralitätsinitiative ausgesprochen. Sie erkennen in der Neutralität einen progressiven Wert, durch den die Schweiz zu einer friedlicheren internationalen Ordnung beitragen kann. Dies kann jedoch nur der Fall sein, wenn die Neutralität auch wirklich umgesetzt wird.

Wenn wir als Linke weiterhin für Frieden, Abrüstung und Solidarität mit dem Globalen Süden stehen, müssen wir uns gegen die Teilnahme an einem Machtblock aussprechen. Dies kann im Fall der Schweiz nur durch eine echte und für alle glaubwürdige Neutralität geschehen.



in der Migrations- und Entwicklungszusammenarbeit, feministische Friedensarbeit und Friedenspolitik verfasst. Dabei spiegelt sich ihr politisches Engagement in ihren Publikationen wider.

Bestellungen an: annemarie.sancar@bluwin.ch

Boomende Rüstungsindustrie

Von Eisenbahnwaggonen zu Kampfpanzern...

Nirgends lässt sich soviel Geld verdienen wie in der Kriegsindustrie. Seit dem Ukrainekrieg gehen die Umsätze und Gewinne der Rüstungsfabrikanten durch die Decke. Auf Kosten sinnvoller Investitionen in zivile Projekte.

Von Gabriela Neuhaus

Es ist noch nicht allzu lange her, da protestierten Menschen in ganz Europa lautstark, kreativ und voller Optimismus gegen die Aufrüstung in Ost und West. Insbesondere in Deutschland, gingen Millionen von Menschen auf die Strasse, um gegen den NATO-Doppelbeschluss zu demonstrieren. Ihr Leitspruch damals: «Schwerter zu Pflugscharen!» – Das Ziel: Nie wieder Krieg.

«Die Aufbruchsstimmung war grossartig – wir dachten damals wirklich, wir könnten etwas bewegen», erinnert sich die Theologin und Pazifistin Margot Käsmann in einem Spiegelinterview. Im Gegensatz zu vielen ihrer damaligen Mitdemonstrant:innen, ist sie auch heute noch eine engagierte Friedensaktivistin.

Was die Friedensbewegung der 1980er Jahre ausmachte: Auf ihren grossen Kundgebungen richteten sich die Menschen sowohl gegen die Aufrüstung im Osten wie auch gegen jene im Westen. Die USA als westliche Hegemonialmacht standen gleichermaßen in der Kritik wie die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Ganz im Gegensatz zu heute, wo das Benennen des offen kolonialistischen US-amerikanischen Powerplays mit einem Tabu belegt ist. Wer es wagt, die NATO und die USA als selbsternannte Ordnungsmacht infrage zu stellen, wird als Verräter und «Putin-versteherin» abgestempelt. Auch der erneute Einzug von Donald Trump ins Weisse Haus hat daran nichts geändert. Obschon sich manche hinter vorgehaltener Hand zu Recht fragen, ob unsere «Freiheit und Demokratie» aktuell tatsächlich nur durch Putin bedroht wird...

Doch zurück zu den Schwertern, die zu Pflugscharen umgeschmiedet werden sollten: Das Zitat stammt aus dem Alten Testament und verkündet den Willen Gottes, der die Völker nach Jahrhunderten der Kriegerie zurechtweisen wird (auch die Israeliten!): «Dann werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden und ihre Speere zu Winzermessern. Keine Nation wird gegen eine andere das Schwert erheben, und das Kriegshandwerk werden sie nicht mehr lernen.»

Eine schöne göttliche Vision, die klar und deutlich festhält: Frieden kann es nur geben, wenn die Waffen verschwinden. Oder, um einen weiteren Leitspruch der einstigen Friedensbewegung zu zitieren: «Frieden schaffen ohne Waffen». Doch das ist

genau das Gegenteil von dem, was heute weltweit von Kriegstreibern aller Art, die sich auf eben diesen Gott berufen, praktiziert wird. Trump in den USA fordert von allen NATO-Mitgliedstaaten, dass sie 5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgeben sollen. In ganz Europa, inklusive der Schweiz werden bereits Milliarden in die Aufrüstung gepumpt. In Deutschland, wo die Wirtschaft hinkt und es für Infrastrukturen und soziale Belange überall an Geld fehlt, schaffte man dafür eiligst ein «Sondervermögen»... Ein schuldenbasiertes «Un-Vermögen» aus Schall und Rauch, das den Menschen im Land keinen Wohlstand bringt.

Mit einer Ausnahme: Die Rüstungskonzerne als hemmungslose Profiteure des Kriegsgeschäfts. Sie haben in den letzten drei Jahren ihre Produktion, den Umsatz und vor allem die Gewinne vervielfacht – und sie hegen die schändliche Hoffnung, dass es so weitergehen möge. Nur kaputtgeschossene Panzer sind für sie gute Panzer. Also: No peace, more business, more cash.

Kassieren und jammern

Die Kriegsmaschinerie läuft wie geschmiert, befeuert durch die massive Aufstockung der Militärbudgets überall auf der Welt. In der Schweiz hat das Parlament 2024 beim Militär trotz Sparbeschlüssen in anderen Bereichen, eine Erhöhung der Rüstungsausgaben um vier Milliarden Franken beschlossen. Damit stehen der Armee im Militärbudget für den Zeitraum 2025 bis 2028 30 Milliarden Franken zur Verfügung. Geld, das andernorts Gutes bewirken könnte und dort nun fehlt.

Dafür kauft die Schweizer Armee zum Beispiel in grossem Stil Munition, die sie gar nicht braucht. Einzig und allein um den italienischen Waffenfabrikanten Beretta im Land zu halten. Dieser hatte 2022 die zum eidgenössischen Rüstungskonzern gehörende Munitionsfabrik Ammotec in Thun gekauft und diese in SwissP umgetauft. Trotz der ursprünglichen Zusicherung, den Standort Thun während mindestens fünf Jahren nicht zu verlassen, drohte Beretta im Sommer 2024, den Betrieb einzustellen. Angeblich wegen zu geringer Rendite in der Schweiz. Auch andere Rüstungshersteller, wie etwa die seit 2003 zum internationalen GDELS-Konzern gehörende Mowag drohen mit dem Wegzug aus der Schweiz. Der aktuelle Hintergrund:

Das Kriegsmaterialgesetz verbietet den Export von Rüstungsgütern aus der Schweiz an kriegführende Staaten sowie deren Weitergabe über Drittstaaten. So untersagte der Bundesrat Deutschland etwa die Lieferung von Munition aus Schweizer Produktion an die Ukraine. Gut so, würde man denken. Aber weit gefehlt: Der Ukraine-Krieg öffnete der Waffenlobby im Schweizer Parlament Tür und Tor. Ihre zahlreichen Vorstösse erreichten schliesslich das Ziel: Am 12. Februar 2025 verabschiedete der Bundesrat die «Botschaft zur Einführung einer Abweichungskompetenz für den Bundesrat» beim Kriegsmaterialgesetz. Das bestehende Gesetz soll dahingehend ergänzt werden, dass der Bundesrat dessen Bestimmungen aushebeln kann, wenn «ausserordentliche Umstände vorliegen und die Wahrung der aussen- oder der sicherheitspolitischen Interessen des Landes dies erfordert.»

Ein Gummiartikel, über den sich die Waffenfabrikanten und ihre Zulieferer hierzulande die Hände reiben. Auch wenn einige von ihnen in der Vernehmlassung kritisiert hatten, der Vorschlag gehe nicht weit genug. Tatsache ist, dass die Gesetzesrevision eine massive Aufweichung des Kriegsmaterialgesetzes zur Folge hat. Angesichts der aktuellen politischen Stimmung in unserem Land, muss man davon ausgehen, dass das Parlament das neue Gesetz durchwinken wird.

Rüstungsexpansion verdrängt sinnvolle Entwicklungen

Dabei laufen die Geschäfte der Rüstungskonzerne schon heute, trotz der angeblich so strengen Ausfuhrbestimmungen, auch in der Schweiz wie geschmiert. Dies gilt ganz besonders für die Schweizer Tochter der deutschen Rüstungsgiganten Rheinmetall mit Hauptsitz an der Birchstrasse 155 in Zürich-Oerlikon. Dort, wo einst Bührle seine Kanonenfabrik gebaut hat, die seine Erb:innen 1999 an Rheinmetall verkauften. Rundum ist in den letzten Jahrzehnten viel Neues entstanden. Heute befindet sich das rund 5,5 Hektar grosse Areal mitten im nördlichen Stadtteil Zürichs, umgeben von Wohn- und Bürogebäuden, Läden, Restaurants und Parkanlagen. Noch vor ein paar Jahren war die Rede davon, dass Rheinmetall die Stadt Zürich verlassen wolle und das gesamte Areal ab 2017 frei werde für eine Umnutzung zu attraktivem Wohn- und Lebensraum. Das Gegenteil ist eingetreten: Hinter abgeriegelten Mauern, in Fussdistanz zum Bahnhof Oerlikon, werden weiterhin Waffen produziert. Mehr noch: Die Produktion wird jetzt sogar noch hochgefahren! Allein im vergangenen Jahr hat die Rheinmetall Air Defence AG 300 neue Stellen geschaffen.

Ähnliches geschah kürzlich in Troisdorf, einer deutschen Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen. Dort wollten die Stadtbehörden auf einem Areal, das mit 50 Hektar rund zehnmal so gross ist wie jenes der Rheinmetall in Zürich, ein neues Stadtquartier mit Wohn- und Gewerbebauten erstellen. Zu diesem Zweck wollten sie von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen und – nach Ablauf des Pachtvertrags mit den Rüstungskonzernen Diehl Defence und Rheinmetall – das Gelände übernehmen, um es für eine zivile Nutzung zu entwickeln. Schwerter zu Pflugscharen, eben.

Dem wurde auch hier ein Strich durch die Rechnung gemacht: Nach Interventionen aus Berlin und der Landeshauptstadt Düsseldorf, musste



Aktienkurs des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall. Quelle: zVg.

Troisdorf der Rüstungsindustrie den Vortritt lassen: Diehl Defence hat sich das Grundstück gesichert und will dort seine Explosivstoffproduktion für Artilleriemunition, Mörsergranaten und Flugabwehrraketen weiter ausbauen.

Krasser noch in Görlitz an der deutsch-polnischen Grenze: Dort produzierte man über 175 Jahre lang Waggonen für den Personentransport. Die Waggonbau Görlitz, 1849 als Kutschenbauwerkstatt gegründet, entwickelte sich zu einem Pionierunternehmen des Eisenbahnbaus, das bereits 1935 die ersten Doppelstockwagen für die Reichsbahn entworfen und gebaut hat. Nach der Machtergreifung durch die Nazis widersetzte sich die damalige deutsche Waggonbau-Vereinigung erfolgreich der Forderung, fortan keine Zugwaggonen mehr zu bauen und die Produktion voll und ganz auf die Fertigung von Rüstungsgütern und Transportwagen umzulenken.

Nach dem Krieg mutierte das Unternehmen zum Volkseigenen Betrieb Waggonbau Görlitz. 1988 zählte das Unternehmen fast 4000 Angestellte. Nach der Wende fusionierte das Werk 1995 mit der Muttergesellschaft Deutsche Waggonbau AG (DWA), die 1998 an den kanadischen Konzern Bombardier verkauft wurde.

Das Görlitzer Werk lieferte über Jahrzehnte Eisenbahnwagen in alle Welt. Auch in die Schweiz: Die SBB bestellten 2010 bei Bombardier 62 Doppelstockzüge für insgesamt 1,9 Milliarden Franken. 2021 wurde dann Bombardier Transportation vom französischen Alstom-Konzern übernommen. Nach Protesten verzichtete der neue Besitzer auf die

geplante Streichung eines Grossteils der 700 noch verbliebenen Arbeitsplätze. Die Freude über den Verhandlungserfolg der Gewerkschaften war allerdings nicht von langer Dauer: Im Spätsommer 2024 kündigte Alstom an, dass das Werk zum Verkauf stehe...

Lange musste man nicht auf einen Käufer warten. Die boomende Rüstungsindustrie braucht Platz und Arbeiter:innen für ihre weitere Expansion. Anfang Februar 2025 war der Deal perfekt: Künftig wird der deutsch-französische Rüstungskonzern KNDS in Görlitz Panzer bauen. Bis zu 400 Arbeitsplätze sollen so «gerettet» werden – ein Grossteil der Mitarbeitenden, heisst es, würden umgeschult. Statt «Pflugscharen» werden sie künftig «Schwerter» schmieden müssen, sie haben keine andere Wahl. In diesem Fall konkret: Anstelle von Eisenbahnwaggonen muss die Belegschaft künftig Panzer produzieren.

Die sächsische Linke hat den deutschen Sündenfall in Görlitz scharf kritisiert. Ihr Landesvorsitzender Stefan Hartmann fand angesichts der feierlichen Unterzeichnung des Vertrags, zu der Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz extra in die Lausitz gereist ist, deutliche Worte: «Es ist eine Sauerei, dass sich Scholz dafür feiern lässt, dass Doppelstockzüge von Leopard-Panzern verdrängt werden. Dabei opfern die Regierenden den so wichtigen Eisenbahnbau im Namen der Kriegstüchtigkeit.» Und der Prophet Jesaja wird dem Herrgott wohl berichten müssen, dass sowohl die Schweiz wie auch Deutschland das Pflugscharen-Gleichnis nicht begriffen haben.

Die Friedensbewegung stärken!

Die internationale politische Lage ist immer noch sehr angespannt. Es ist dringend notwendig, dass wir gemeinsam die Friedensbewegung in der Schweiz stärken und weiter aufbauen. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, die der Forderung nach Friedensverhandlungen und einem Waffenstillstand in der Ukraine, im Nahen Osten, in Zentralafrika Gehör verschafft, sich offensiv Waffenlieferungen und Kriegsmaterialexporten entgegenstellt und konsequent auf friedliche Lösungen und Abrüstung beharrt. Die Schweizerische Friedensbewegung plant für die nächsten Monate weitere Kampagnen und Aktionen zu diesem Zweck. Für diesen Kampf für den Frieden, für unsere friedenspolitischen Projekte und Kampagnen sind wir auf Deine Mithilfe und grosszügige Spende angewiesen.

Spende einfach und bequem mittels QR-Code. Oder über folgendes Konto:

IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel

Vielen Dank!



Bonner Friedensdemo 1982 gegen den NATO-Gipfel. Quelle: zVg.

Myanmar

Ein Land im Dauerkonflikt

Seit der Unabhängigkeit 1948 ist Myanmar von politischer Instabilität, ethnischen Konflikten und Militärherrschaft geprägt. Immer wieder versuchten Protestbewegungen, demokratische Reformen durchzusetzen – doch das Regime reagierte mit harter Repression. Vom ersten Militärputsch 1962 über den Volksaufstand 1988 bis zur «Safran-Revolution» 2007 zeigt sich eine historische Kontinuität der Gewalt. Nach dem erneuten Putsch von 2021 eskalierte der Widerstand zum Bürgerkrieg.

Von Ephraim Piatti

Seit der Unabhängigkeit von Grossbritannien im Jahr 1948 erlebt Myanmar eine lange Geschichte politischer Unruhen und militärischer Konflikte. Nach einer kurzen demokratischen Phase versuchte der gewählte Ministerpräsident U Nu in den 1960er-Jahren, den Buddhismus zur Staatsreligion zu erklären und die politische Macht stärker zu zentralisieren. Dies führte zu landesweiten Unruhen, die mit erheblicher Gewalt niedergeschlagen wurden. In den folgenden Jahrzehnten war die politische Entwicklung des Landes von Misswirtschaft, Nationalismus und Staatsbuddhismus geprägt. Die Kombination dieser Faktoren sowie nachfolgende Militärregime führten zu einer internationalen Isolation Myanmars und machten es zu einem der ärmsten Länder Asiens.

Der erste Militärputsch

Ein Streit um mehr Autonomie zwischen ethnischen Gruppen und der Zentralregierung führte 1962 zum ersten Militärputsch. Myanmar ist ein multiethnischer Staat mit über 130 ethnischen Gruppen, die etwa 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die grösste Ethnie sind die Birmanen (Bamar) mit einem Anteil von 60 bis 70 Prozent. Seit der Unabhängigkeit fordern viele dieser ethnischen Gruppen Gleichberechtigung durch föderale Prinzipien und mehr Eigenständigkeit. Das Militär übernahm die Macht und errichtete eine Gewaltherrschaft.

Die Bevölkerung erhob sich 1988 gegen das Militärregime, nachdem sich die wirtschaftliche Situation drastisch verschlechtert hatte. Als General Ne Win bestimmte Geldnoten entwertete, verloren viele Birmanen ihre gesamten Ersparnisse. Der 8. August 1988 (8.8.88) gilt als symbolisches Datum der Demokratiebewegung. Vor allem Studierende führten die Proteste gegen Willkür, Zwang und die Rechtslosigkeit der Militärherrschaft an. Doch auch diese Bewegung wurde brutal niedergeschlagen. Tausende verloren ihr Leben oder wurden inhaftiert.



Protest gegen die Regierung in Myanmar, 2021. Quelle: zVg.

2007 verdoppelte die Regierung über Nacht die Kraftstoffpreise, was eine Welle der Unzufriedenheit auslöste. Diesmal führten buddhistische Mönche die Proteste an, um dem gebeutelten Volk beizustehen. Doch auch dieser Aufstand wurde mit massiver Gewalt niedergeschlagen, viele Mönche wurden inhaftiert oder getötet.

Der Bürgerkrieg seit 2021

Die Proteste und Widerstandskämpfe, die seit dem Militärputsch am 1. Februar 2021 stattfinden, unterscheiden sich in mehreren wesentlichen Punkten von früheren Bewegungen. Sie sind geografisch weitreichender und betreffen nicht nur urbane Zentren, sondern das gesamte Land. Zudem ist die soziale Zusammensetzung der Protestierenden breiter gefächert als in den Bewegungen von 1988 und 2007, die hauptsächlich von Studierenden und buddhistischen Mönchen getragen wurden. Der aktuelle Widerstand umfasst alle Gesellschaftsschichten, darunter Lehrer, Verwaltungsangestellte, medizinisches Personal und viele weitere Berufsgruppen. Diese breite Beteiligung zeigt, wie tief der Widerstand in der Gesellschaft verwurzelt ist. Man kann daher durchaus von einem Bürgerkrieg sprechen.

Die abgelegenen, gebirgigen Grenzregionen Myanmars werden von ethnischen Minderheiten bewohnt, die von den Sicherheitskräften der Regierung seit Jahrzehnten brutal unterdrückt werden, was dazu führte, dass schon seit den späten 1980er-Jahren verschiedene ethnische Minderheiten einen Guerillakrieg gegen die Zentralregierung und die Streitkräfte Myanmars führen. Über zwei Dutzend Ethnic Armed Organizations (EAOs) entstanden im Laufe der Zeit, einige mit nur wenigen Hundert, andere mit Zehntausenden Mitgliedern.

Die aktuelle Lage

Nach dem Wahlsieg der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) im Jahr 2015 schien Myanmar erstmals eine

demokratische Zukunft einzuschlagen. Doch die Armee bestand darauf, ihre Autorität zu behalten, und gab die Kontrolle nicht vollständig ab. Dies führte 2021 zu einem weiteren Militärputsch, bei dem die gewählte Regierung unter Aung San Suu Kyi gestürzt wurde.

Seitdem bekämpft der State Administration Council (SAC) verschiedene Widerstandsgruppen. Die National Unity Government (NUG) betrachtet sich als legitime Regierung des Landes, ihr militärischer Arm, die People's Defence Force (PDF), greifen die Junta aktiv an und kooperieren mit verschiedenen EAOs und dem bewaffneten Arm der Kommunistischen

Partei Myanmars. Die Zahl der bewaffneten Gruppen in Myanmar variiert, da ständig neue Organisationen entstehen und Bündnisse sich verändern. Es wird geschätzt, dass über 25 Gruppen aktiv sind, mit unterschiedlichen politischen, ethnischen oder ideologischen Zielen. Einige streben mehr Autonomie an, andere fordern vollständige Unabhängigkeit oder eine grundlegende politische Umgestaltung des Landes.

Junta und Widerstand

Obwohl oppositionelle Gruppen an Macht gewinnen und strategische Stützpunkte erobern, bleibt ihre Ausrüstung schwächer als die der Militär-

regierung. Besonders der Mangel an Luftunterstützung, wie Hubschraubern und Kampfflugzeugen, gibt der Junta einen wichtigen taktischen Vorteil. Dennoch verstärkt sich der Druck auf das Regime, da der Widerstand Versorgungswege blockiert und militärische Stellungen angreift.

Ein schnelles Ende des Konflikts ist leider nicht absehbar. Jedoch wird davon ausgegangen, dass die Junta auf lange Sicht geschwächt wird. Was danach passiert, ist ungewiss – ob Myanmar danach demokratisch regiert wird, ein Föderalstaat sich herausbildet oder gar die Kommunistische Partei Myanmars mehr Einfluss gewinnt, kann nur die Zukunft zeigen.



USAID: Wundertüte mit ungeahnter Reichweite

Soft Power oder Entwicklungshilfe?

USAID steht für Berge von Hilfspaketen in Krisengebieten. Nun hat Trump der amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation den Geldhahn zugedreht. Und siehe da: Betroffen sind auch Organisationen, die mit Katastrophenhilfe reichlich wenig zu tun haben.

Von Alva Noi

Die Bilder gehen regelmässig um die Welt: Bebt die Erde oder bricht ein Krieg aus, so sind Pakete und die Hilfe von USAID mitunter die Schnellsten im Katastrophengebiet. So kennen wir die amerikanische Organisation. 40 Milliarden Dollar stehen jährlich zur Verfügung. Geld, das für humanitäre Zwecke eingesetzt wird – aber nicht nur.

Mit der Wahl von Donald Trump verändert sich in Washington nun so einiges, mit Auswirkungen bis in ungeahnte Regionen auf der ganzen Welt. Als eine seiner ersten Amtshandlungen stoppte Trump die Zahlungen für USAID vorerst für drei Monate. Die Folgen sind für die Betroffenen verheerend: Hunger und Seuchen bei Hilfesuchenden, Lohnausfälle und offene Rechnungen bei Angestellten von NGOs. In SRF kommt die Generaldirektorin von Terre des Hommes, Barbara Hintermann, zu Wort: «Weltweit mussten wir 440 Angestellte entlassen.» Neben dem berechtigten Aufschrei der Betroffenen lohnt sich aber ein Blick auf den Palmarès von USAID. Und da wird schnell klar: Diese Organisation zeichnet verantwortlich für weit mehr als für Entwicklungsprojekte à la Helvetas oder Swissaid. Unter dem Deckmantel der Humanität verstecken sich handfeste Interessen. Genaues Hinschauen lohnt sich.

Wohin soll die Reise gehen?

Ziel und Zweck von USAID ist die Sicherung des Zugangs amerikanischer Firmen zu Absatzmärkten und den weltweit verteilten Ressourcen. Das stand bis vor Kurzem noch so auf der Homepage, die mittlerweile aber abgeschaltet ist und sicher auch im Sinne einer Politik von Trump wäre. Wie diese Sicherung aussehen soll, da gibt es dann aber doch einen erheblichen Interpretationsspielraum. Und da beginnt nun die inneramerikani-

sche Parteipolitik auf die internationale Bühne vorzudringen.

Ein Factsheet auf der Homepage des Weissen Hauses listet Beispiele fraglicher Projekte auf: Produktion eines «Diversitäts-Musicals» in Irland, Finanzierung einer «Transgender-Oper» in Kolumbien, Millionenbetrag für LGBT-Aktivismus in Guatemala etc. etc. Viele Projekte fallen in einem von Demokraten regierten Staat nicht auf. Der von Trump installierte «Stallknecht» Elon Musk mistet aus und begründet dies mit der fehlenden Effizienz der Organisation: «Seit Jahrzehnten ist die US-Behörde (...) den Steuerzahlern gegenüber nicht rechenschaftspflichtig, während sie riesige Geldsummen in die lächerlichen (...) Lieblingsprojekte etablierter Bürokraten schleust, ohne dass es eine Kontrolle gibt.» Es geht vor allem um Genderprojekte der Biden-Regierung, die «entsorgt» werden sollen.

Fragwürdige Forschungsprojekte

Ein Projekt in der Liste lässt mehr als aufhorchen, ein Millionenbetrag an die Eco Health Alliance. Es geht um Geld für die «Gain-of-function-Forschung» GOFR in Wuhan. «USAID ist eine kriminelle Organisation», twitterte Elon Musk auf seinem Kanal. USAID habe Gelder an das Wuhan-Institut weitergeleitet, wo angeblich das Virus auf dem Fischmarkt ausgebrochen sei. Und da wird die Geschichte dann endgültig spannend. Die «Gain-of-function-Forschung» wurde in Amerika im Jahre 2014 durch ein Moratorium von Obama verboten. Amerikaner forschten aber weiter, vermutlich neu in Wuhan. Es besteht nun also der dringende Verdacht, dass Geld unter Umgehung amerikanischer Gesetze und einer demokratischen Kontrolle über USAID in China für Forschung eingesetzt wurde, die in Amerika selbst als unmoralisch und zu gefährlich geächtet und daher verboten wurde. Leider

stehen Unterlagen über USAID offiziell nicht mehr zur Verfügung, eine Recherche ist also auf den Aufschrei der Direktbetroffenen angewiesen. Und auch da geschieht Erstaunliches. Zum Beispiel in der Ukraine, wo die Zunft der Medienschaffenden besonders laut zu vernehmen ist. Den Überblick hat Oksana Romaniuk vom Institut für Massenmedien IMI in Kiew. In einem Interview auf dem Sender Hromadske sagt die Direktorin des IMI: «Das Problem ist, dass fast alle Zuschüsse bekamen. Für manche machten sie 100 Prozent ihres Einkommens aus. Für andere 40 bis 60 Prozent oder weniger». Sie fügt weiter hinzu, dass diese Zuschüsse nicht nur aus den USA, sondern auch aus der EU und den Vereinten Nationen kämen. Wohlverstanden: Das IMI ist eine offizielle Stelle der Kiewer Regierung und somit für diese Information als verlässlich einzustufen. Es braucht viel Vorstellungskraft, um an die Unabhängigkeit der Medienschaffenden und eine freie Presse in diesen Strukturen zu glauben. Wie soll diese Presse kritisch über die EU-Politik oder die Interessen der Amerikaner an diesem Krieg berichten?

Soft Power entsorgt

Entwicklungshilfe aus der Schweiz hat oft ausser einem guten Image etwas Selbstloses. Wenn zum Beispiel Swissaid in Afrika 100 000 Menschen den Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglicht oder Helvetas in einem Dorf Wasserleitungen finanziert, so öffnet dies keinem Schweizer Unternehmen neue Absatzmärkte. Anders bei vielen Projekten von USAID. Sie sind ein Instrument amerikanischer Aussenpolitik mit klaren wirtschaftlichen Interessen. Und da spielt plötzlich eine Rolle, wer in Amerika innenpolitisch die Weichen stellt. Mit Donald Trump und seinem «Stallknecht» kehren nun zwei mit eisernem Besen. Sie interpretieren die amerikanischen Interessen anders als die Demokraten und entsorgen nicht nur die eigene «Soft Power» und die in entlegene chinesische Provinzen ausgelagerte «Gain-of-function-Forschung», sondern gleich auch alles Sinnvolle. Es trifft auch Hungernde, Kranke und Vertriebene auf der ganzen Welt.

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
24. Februar 2025

Gedanken zur Friedensbewegung

Was sind Pazifist:innen?

Die meisten Menschen sind gegen den Krieg, aber nicht jeder ist automatisch ein Pazifist. Doch was bedeutet es eigentlich, Pazifist zu sein? Aus der persönlichen Perspektive und praktischen Erfahrung einer Friedensaktivistin wird der Versuch gemacht, sich dem facettenreichen Phänomen des Pazifismus anzunähern.

Von Denise Plattner

Zunächst einmal wollte ich einen Text über das Konzept des «Pazifismus» schreiben. Das war ein schwieriges Unterfangen, denn obwohl ich mich selbst als Pazifistin oder als Friedensaktivistin bezeichne, habe ich keine Essays oder andere Nachschlagewerke zu diesem Thema gelesen. Stattdessen bin ich Mitglied einer pazifistischen Organisation, ich lese viele Artikel von Journalisten, die sich für den Frieden einsetzen, und höre mir viele Interviews mit Experten an, die man als Pazifisten bezeichnen kann, da ihre Ansichten im Gegensatz zu den Aussagen stehen, die die Fortsetzung des Krieges in verschiedenen Teilen der Welt befürworten, und die ich als «bellizistisch» bezeichnen würde.

In Gesprächen mit Menschen in meinem Umfeld stelle ich fest, dass fast jeder «gegen den Krieg» ist und sich sehnlichst wünscht, dass in Ländern, in denen Konflikte herrschen, Frieden einkehrt. In Bezug auf die Ursachen dieser Konflikte gibt es Meinungsverschiedenheiten, die jedoch angesichts der Notwendigkeit, zum Frieden zurückzukehren, sehr schnell verschwinden und als wenig relevant angesehen werden. Diese Differenzen treten erneut auf, und zwar oft aus mehr oder weniger ähnlichen Gründen, wenn es darum geht, die Umrisse eines dauerhaften Friedens zu skizzieren. Aber: Sobald die Waffen schweigen, haben Interessenkonflikte das Recht, sich erneut zu äussern, um am Verhandlungstisch und nicht auf dem Schlachtfeld ausgetragen zu werden.

Auch wenn jeder gegen den Krieg ist, wird sich nicht unbedingt jeder als Pazifist bezeichnen. Ich hielt es daher für besser, die Positionen und das Verhalten von Pazifist:innen genauer zu bestimmen, anstatt abstrakt nach dem Wesen des Pazifismus zu suchen.

Vielleicht hilft die folgende Überlegung dabei, das facettenreiche Phänomen des Pazifismus besser zu verstehen.

1. Pazifist:innen sind Internationalist:innen

Der Pazifismus zeigt seine konzeptionelle Nützlichkeit vor allem dann, wenn bewaffnete Gewalt von Staaten oder anderen Einheiten angewandt wird, die in den internationalen Bereich eintreten (insbesondere Befreiungs- oder Widerstandsbewegungen). Die Charta der Vereinten Nationen und das gesamte daraus abgeleitete Recht ist die «Bibel» eines Pazifisten. Denn ihr Ziel ist es, den Frieden zwischen den Nationen zu sichern. Sie fordert internationale Beziehungen, die frei von Feindseligkeit sind, und enthält Mechanismen, um Bedrohungen des Friedens zu erkennen und zu verhindern. Die Anwendung von Waffengewalt durch einen Staat gegen einen anderen Staat ist verboten, auch wenn sie oft, wenn nicht sogar immer, als Versagen der vom Völkerrecht geschaffenen Mechanismen zur Verhinderung von Waffengewalt analysiert wird.

2. Pazifist:innen sind Rüstungsgegner:innen

Die/der Pazifist:in setzt sich für Abrüstung ein. Er setzt sich für die Einhaltung aller Normen ein, die den

Einsatz bestimmter Waffen verbieten oder einschränken. Er setzt sich auch für alles ein, was zur Abrüstung der Welt beiträgt, sei es die Vernichtung von Waffen, die Kontingentierung von Waffen, die Regulierung des Handels mit Waffen, die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen etc.

In seinem Land spricht er sich gegen die Erhöhung der Militärausgaben aus und fordert, dass das Geld der Steuerzahler für das Wohlergehen der Menschen und anderer Lebewesen eingesetzt wird. Er zeigt die Hohlheit des Sprichworts «Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor» auf und wirbt stattdessen für «Wenn du Frieden willst, pflege die Gerechtigkeit».

3. Pazifist:innen sind gewaltfrei

Die/der Pazifist:in möchte nie kämpfen müssen und wendet in seinem/ihrer Land die Verfahren an, die es ihm/ihr ermöglichen, nicht lernen zu müssen, seine Mitmenschen zu töten.

Der Pazifist ist sensibel für die Aggressivität, die in ihm wie in jedem Menschen steckt, und versucht, sie so weit wie möglich zu kontrollieren. Er enthält sich körperlicher Gewalt und bemüht sich, in der mündlichen oder schriftlichen Kommunikation mit anderen nicht in Zorn zu verfallen. Er lehnt es ab, eine andere menschliche Person zu beherrschen, es sei denn, die eigene Sicherheit der Person gebietet dies. Er denkt unermüdlich über Möglichkeiten nach, Tiere nicht zu töten oder zu beherrschen, sowie über Möglichkeiten, unverhältnismässige Umweltschäden zu verringern.

4. Pazifist:innen wenden sich in erster Linie an ihre eigene Regierung

Die/der Pazifist:in möchte in erster Linie, dass die eigene Regierung die Charta der Vereinten Nationen einhält, indem sie bei der Verfolgung der politischen Interessen des Landes keine Waffengewalt anwendet, den Frieden auf internationaler Ebene fördert, sich um die Beendigung von Konflikten im Ausland bemüht und abrüstet.

Die/der Pazifist:in vermeidet es, über diejenigen zu urteilen, die Waffengewalt anwenden, um eine Situation zu bekämpfen, in der das relevante internationale Recht nicht eingehalten wird, weil er nicht weiss, wie er selbst in einem solchen Fall handeln würde. Er weiss, dass seine Entscheidung von einer Vielzahl von Faktoren abhängen würde, von denen einige subjektiv sind und mit seiner Vergangenheit und seiner Persönlichkeit zusammenhängen.

5. Pazifist:innen sind idealistisch und geduldig

Die/der Pazifist:in weiss, dass der Krieg nicht im Handumdrehen von der Erde verschwinden wird und dass sein/ihr Aktivismus Teil des langen Weges der Menschheit in eine bessere Zukunft ist. Er lehnt die Unausweichlichkeit von Waffengewalt ab und weiss, dass es Gesellschaften gegeben hat, die keinen Krieg kannten. Er ist gleichgültig gegenüber den verschiedenen Stigmatisierungen, denen er ausgesetzt sein kann, weiss, wie sehr seine Position die herrschenden Mächte stören kann, und ist sich der Mittel bewusst, die ihnen zur

Verfügung stehen, um ihn zu destabilisieren. Wenn der Pazifist in seiner eigenen Gemeinschaft gegen eine völkerrechtswidrige Situation kämpft und sich dafür entschieden hat, dies mit gewaltfreien Mitteln zu tun, zeigt er gegenüber seinen Gegnern grosse Entschlossenheit. Um seine Ziele zu erreichen, orientiert er sich unter anderem an den Beispielen von Gandhi und Nelson Mandela.

6. Pazifist:innen sind aktiv und kommunikativ

Die/der Pazifist:in setzt sich gemeinsam mit anderen dafür ein, bestehende Kriege zu beenden und zukünftige Kriege zu verhindern. An ihrer Seite nutzt er alle der Zivilgesellschaft zur Verfügung stehenden Mittel, um der Sache des Friedens Gehör zu verschaffen. Insbesondere wenn sich sein Land nicht im Krieg befindet, vermittelt er seine Ideen und ermutigt jeden, einer hasserfüllten und uniformen Empörung zu widerstehen und nach Frieden zu streben.



Protest gegen die NATO-nahe Sicherheitskonferenz in München, Februar 2025. Quelle: zVg.

Mittelstreckenwaffen in Deutschland

Raketen sind Magneten

In Deutschland ist die Stationierung von Mittelstreckenraketen geplant, die mit hoher Präzision und geringer Vorwarnzeit Ziele treffen können. Russland bezeichnet die Raketen als ein «Messer am Hals».

Von Lühr Henken

Der Beschluss von Joe Biden und Olaf Scholz, ab 2026 auf deutschem Boden drei neue Typen von Mittelstreckenwaffen gegen Russland aufzustellen, stellt eine dramatische Zäsur dar. Sie kommt dem sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschluss vor 45 Jahren gleich. Damals fasste die NATO den Beschluss, in Deutschland neue Mittelstreckenraketen Pershing II und Marschflugkörper Cruise Missiles aufzustellen. Die ballistische Rakete Pershing II hatte es in sich: Sie verfügte über einen atomaren Gefechtskopf, der gehärtet war, um unterirdische Kommandozentralen in der Sowjetunion zerstören zu können.

Unberechenbar

Damals sprach man davon, damit dem «Huhn den Kopf abschlagen» zu wollen. Sie traf auf 20 bis 40 Meter genau. Die Pershing II war eine Enthauptungswaffe, die als atomare Erstschlagwaffe konzipiert war. Diese Waffe gibt es nicht mehr. Der INF-Vertrag führte zu ihrer Verschrottung.

Ähnliches lebt nun in Dark Eagle, eins der drei neuen US-Waffentypen, wieder auf. Sie wird als Hyperschallwaffe bezeichnet und fliegt mit bis zu 17-facher Schallgeschwindigkeit. Sie nimmt andere Flugbahnen als die Pershing II. Während diese einem berechenbaren 300 km hohen Bogen folgt, reitet der von der Rakete gelöste Gefechtskopf der Dark Eagle gleichsam in nur 60 bis 80 km Höhe in unberechenbaren Wellen und kann mittels Radar erst 500 bis 300 km vor dem präzisen Einschlag erfasst werden. Sie abzufangen, ist bis heute unmöglich.

Sie zielt nicht auf verbunkerte Ziele, benötigt deshalb auch keinen atomaren und keinen gehärteten Sprengkopf. Die Ziele der Dark Eagle sind «zeitkritische Hochwertziele». Das bedeutet: sie hat hochrangige Politiker im Visier, die dann getroffen werden müssen, wenn absehbar ist, dass sie sich mal für eine Viertelstunde nicht vom Fleck bewegen. Deshalb ihre Hochgeschwindigkeit, deshalb ihre Treffgenauigkeit. Eine Dark-Eagle kostet 41 Millionen Dollar. Zunächst ist vorgesehen, dass eine Batterie, bestehend aus 8 Raketen, ab 2026 nach

Deutschland kommt. Die Rakete kann bis zu 3700 km weit fliegen. Bis Moskau braucht sie von Süddeutschland aus etwa 10 Minuten. Dem russischen Präsidenten ist die persönliche Gefahr bewusst. Putin hat dies in einer Rede an die Nation wenige Tage vor seinem Befehl zum Einmarsch in die Ukraine klargemacht. Er setzte sich mit den Gefahren für Russland auseinander, wenn die Ukraine NATO-Mitglied würde. Er sagte: «die Flugzeit von Marschflugkörpern <Tomahawk> nach Moskau beträgt weniger als 35 Minuten, für ballistische Raketen aus dem Raum Charkow 7 bis 8 Minuten und für die Hyperschall-Schlagmittel 4 bis 5 Minuten. Das bezeichnet man als das «Messer am Hals»».

Im Alarmzustand

Die persönliche Bedrohung ihres Präsidenten ist nicht das einzige Problem, das Russland durch die Stationierung der Dark Eagle in Deutschland bekommt. Sie bedrohen zudem die Radarfrühwarnanlagen gegen US-Interkontinentalraketen – und zwar können 8 von 12, die Russland besitzt,

getroffen werden. Die Folge: Russland wäre als Folge einer Dark-Eagle-Salve blind – und damit erpressbar. Ähnliches gilt für die Gefährdung der russischen Silos mit Interkontinentalraketen. Das bedeutet, dass es sich bei Dark Eagle um eine *geostrategische Offensivwaffe* handelt, die das nuklearstrategische Gleichgewicht zugunsten der USA untergräbt und die russische nukleare Zweitschlagskapazität massiv bedroht. Das hat nichts mit der Abschreckung Russlands zu tun, wie Joe Biden und Olaf Scholz wahrheitswidrig behaupten, sondern versetzt Russland in einen fortgesetzten Alarmzustand. Und das bei sehr geringen Vorwarnzeiten, die bei wenigen Minuten liegen. Das wiederum erhöht die Gefahr von Fehlalarmen und Fehlentscheidungen.

Es erhöht auch die Gefahr eines Präventivangriffs Russlands auf US-Kommandostrukturen hierzulande, quasi als proaktive Verteidigung. Auf die brandgefährlichen US-Pläne antwortet Russland nun mit der Herstellung neuer Nuklearwaffen und mit einer angepassten Nukleardoktrin, die die Schwelle ihres Einsatzes senkt. Das zeigt, wer meint, durch neue US-Raketen in Deutschland dem Frieden zu dienen, liegt falsch, und erreicht genau das Gegenteil. Er dreht in Wirklichkeit weiter an der Rüstungsspirale und bedroht damit unser aller Leben.

Lühr Henken ist Co-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und aktiv in der Berliner Friedenskoordination.

Quelle: Zeitung gegen den Krieg.

Berliner Appell: Gegen neue Mittelstreckenwaffen

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

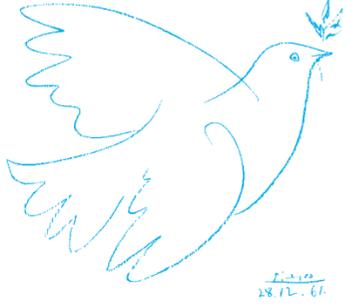
Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.

Unterschreiben:

www.nie-wieder-krieg.org/berliner-appell-unterschreiben

ISSN 1423-6826
 unserewelt@friedensbewegung.ch
 www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
 E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
 Telefon: 061/681 03 63
 Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri
 Redaktion: Stefano Araújo, Franziska Genitsch-Hofer, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Ruedi Moser, Ephraim Piatti, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
 E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
 Auflage: 3500
 Abonnementspreis: mindestens 20 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
 Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

Vor 50 Jahren in Vietnam

«Saigon ist frei!»

Befreiung des Südens? Fall von Saigon? Ende des Vietnamkrieges? Keine der drei Lesarten ist falsch, doch jede zeigt eine bestimmte politische Sicht auf den historischen Moment des 30. April 1975.

Von Anjuska Weil

Das Bild mit dem T-54-Panzer, welcher geschmückt mit der Flagge der Befreiungsarmee, dem gelben Stern auf dem blau-roten Grund, das Tor durchbrach und auf das Gelände des Präsidentenpalastes in Saigon eindrang, ging um die Welt. Der Krieg war zu Ende, Vietnam war frei. Ein zerstörerischer Häuserkampf war den Menschen Saigons schliesslich erspart geblieben, denn der Kommandeur der südvietnamesischen Streitkräfte der Stadt hatte die aussichtslose Lage seiner Truppen anerkannt und sich ergeben.

Überall auf der Welt, wo die Solidaritätsbewegung den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanischen Aggressoren unterstützt hatte, wurde es ein ganz besonderer 1. Mai. In Zürich z.B. war der Helvetiaplatz voller freudig aufgewühlter Menschen, welche kleine Fähnchen der Befreiungsfront FNL (Front National de Liberation) schwenkten. In Ost und West sah es für einmal ähnlich aus. In einem DDR-Song hiess es: «Alle auf die Strasse, rot ist der Mai, alle auf die Strasse, Saigon ist frei!» Ein ohne Übertreibung historischer Sieg war errungen worden, in erster Linie durch den unbeugsamen Willen und die Leidensfähigkeit der Menschen in Vietnam, aber auch durch die Unterstützung des sozialistischen Lagers, insbesondere der Sowjetunion, und die weltweite Solidarität der Friedenskräfte trug ihren Teil zu diesem Sieg bei. In den USA, wo besonders viele afro-amerikanische Männer zum Kriegsdienst eingezogen wurden, war es nebst den Protesten gegen den Vietnamkrieg auch die Zeit der schwarzen Bürgerrechtsbewegung. An einer ihrer Manifestationen prägte der Boxer Muhammad Ali den berühmt gewordenen Satz «No Vietnamese ever called me Nigger».



Ein Panzer der Befreiungsarmee durchbricht das Tor zum Präsidentenpalast. Quelle: zVg.

Befreiung!

Blenden wir zurück. Immer wieder in ihrer Geschichte mussten die Menschen Vietnams sich vom brutalen Joch fremder Herrschaft freikämpfen. Nicht von ungefähr erzählen ihre Legenden noch und noch von Befreiungskämpfen, von deren Heldinnen und Helden. Wer den in verschiedenen Städten wiederkehrenden Strassennamen nachgeht, findet sie. Seien es die Hai Ba Trung, die Schwestern Trung, welche sich im Jahr 11 vor Chr. mit einem Heer entschlossener Frauen den chinesischen Truppen entgegenstellten. Sei es Tran Hung Dao, dem es 1288 mit List und Klugheit gelang, die mächtige mongolische Flotte zurückzuschlagen, sei es der General und Kaiser Quang Trung, dessen Kämpfer 1789 während des Tết-Festes, dem Mondneujahr, die 10 000 Soldaten des chinesischen Heeres überrannten. Auch in der neueren Geschichte gibt es diese Heldinnen und Helden. Auf der ehemaligen Gefangeneninsel Con Dao, durch die berühmten «Tigerkäfige» bekannt geworden, wird die Schülerin und Widerstandskämpferin Vo Thi Sau als Märtyrerin verehrt. Sie hatte ein Attentat auf französische Kolonialsoldaten verübt und wurde 1952 hingerichtet. Ihre Grabstätte gleicht der einer Heiligen.

Die beiden überragenden Persönlichkeiten der Unabhängigkeit Vietnams waren im letzten Jahrhundert jedoch zweifellos Ho Chi Minh, der diese klug und umsichtig vorbereitete und am 2. September 1945 deklarierte, sowie der Historiker und General Vo Nguyen Giap, der die Truppen des Viet Minh 1954 bei Dien Bien Phu zum Sieg gegen die französische Kolonialmacht führte und die Armee der Demokratischen Republik Vietnams

(so damals der offizielle Name Nordvietnams) auch im Kampf gegen die US-Truppen befehligte.

Zeit des Embargos

Unmittelbar nach dem Sieg in Saigon verhängten die USA ihr Embargo gegen Vietnam, dem sich damals, in der Zeit des Kalten Krieges, alle westlichen Staaten anschlossen. Das Embargo traf Vietnam mit all seinen Zerstörungen sehr hart. Die wenigen Nahrungsmittel und Güter des täglichen Gebrauchs waren streng rationiert. Das Embargo wurde noch zusätzlich verschärft, als vietnamesische Verbände in Kambodscha dem Morden Pol Pots 1979 ein Ende setzten.

Die Rationierung konnte 1988 schliesslich aufgehoben werden, nicht zuletzt, weil die Bauern im Zuge der 1986 in Gang gesetzten Erneuerungspolitik Doi Moi den Boden wieder selbstständig bebauen durften, nachdem die Kollektivierung der Landwirtschaft gescheitert war. Heute existieren in Vietnam wieder zahlreiche Genossenschaften, die allerdings auf einem freiwilligen Zusammenschluss beruhen.

Mitte der 90er Jahre wurde das Embargo endlich schrittweise gelockert und schliesslich aufgehoben. Doch noch blieb Vietnam ein sehr armes Land. Dann, Schritt für Schritt, führte eine umsichtige Wirtschaftspolitik aus der schlimmsten Armut heraus. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sank die Armutsquote und ist heute bei tiefen einstelligen Prozenten angelangt. Dazu hat gewiss auch internationale Solidarität und Entwicklungszusammenarbeit beigetragen, doch entscheidend waren auch da die Anstrengungen der Vietnamesinnen und Vietnamesen selbst.

Dank einer umsichtigen Politik verschaffte sich das zunächst isolierte Land seinen Platz in der internationalen Gemeinschaft. Wurde es in der asiatischen Staatengemeinschaft ASEAN zunächst als feindlich betrachtet, so ist es heute in diesem Staatenverbund ein höchst angesehenes Mitglied. Vietnam hat heute zu allen Staaten und Territorien rund um den Globus Beziehungen aufgebaut und zahlreiche Wirtschaftsabkommen geschlossen. Dabei verfolgt die Staatsführung konsequent eine Aussenpolitik der Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, des Multilateralismus und der Diversifizierung. Seine «vier Neins» werden immer wieder bekräftigt: keine Militäralianzen, keine Bündnisse zulasten Dritter, keine ausländischen Militärbasen, keine Gewalt oder Gewaltandrohung in den internationalen Beziehungen.

In der UNO wird Vietnam gehört. Als nicht ständiges Mitglied des Sicherheitsrates hat es friedensfördernde Resolutionen und solche zum Schutz verletzlicher Bevölkerungsgruppen eingebracht. Seine wachsende Zahl von Blauhelm-Soldatinnen und -Soldaten genießt sowohl beim UNO-Generalsekretär Antonio Guterres als auch in den Einsatzgebieten hohes Ansehen. Gelobt werden vor allem die Qualifikation der Blauhelme und der mit 15 Prozent überdurchschnittlich hohe Anteil von Frauen in der Truppe. Dass Vietnam in den Ländern des globalen Südens grosses Ansehen genießt,



Vietnamesisches Plakat zur Befreiung Südvietnams. Quelle: zVg.

erleichtert die Einsätze. Aktuell sind vietnamesische Blauhelme im Südsudan aktiv.

Niemanden zurücklassen

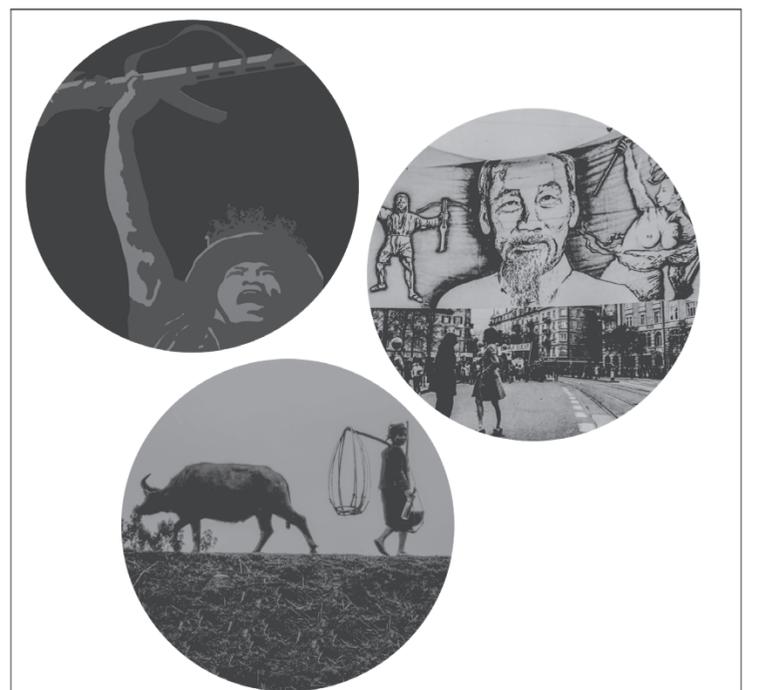
Die Krankenversicherung – in Vietnam Gesundheitsversicherung genannt – hat heute nahezu alle Einwohner:innen erfasst, das Rentensystem wird weiter ausgebaut. Digitalisierung der Wirtschaft und neue Technologien werden energisch vorangetrieben. Doch Wirtschaftswachstum soll kein Selbstzweck sein, dies betonen der Generalsekretär der KP Tô Lâm und hochrangige Regierungsvertreter immer wieder. Heute ist ein Stand erreicht, bei welchem der Umsetzung sozio-ökonomischer Ziele noch höhere Priorität eingeräumt werden kann als bisher. Parallel dazu erfolgt eine konsequente Bekämpfung der Korruption. Die Parole «niemanden zurücklassen» wird konkret umgesetzt. Ein Beispiel dafür ist das Programm, mit welchem bis Ende 2025 alle ein stabiles Dach über dem Kopf haben sollen. Dazu müssen na-

hezu eine halbe Million Häuser neu gebaut oder gründlich saniert werden. Was fast unglaublich klingt, ist dank einer Mobilisierung der Gesellschaft voll im Gange. Geldmittel und Materialien werden zur Verfügung gestellt, Soldaten, die Ho-Chi-Minh-Jugend und andere sind fleissig am Bauen. Zehntausende von Häusern konnten bereits an die Bewohnenden übergeben werden.

Die Entwicklung war weder fehlerfrei noch ohne Stolpersteine. Doch 50 Jahre nach der bitter erkämpften Unabhängigkeit steht Vietnam vor einem weiteren Abschnitt seiner Geschichte. Wie tröstete Präsident Ho Chi Minh damals unter dem zerstörerischen Bombenhagel seine Landsleute? «Wir werden Vietnam zehnmal schöner wieder aufbauen.» Diese Herausforderung ist weit über seinen Tod hinaus angenommen worden.

Anjuska Weil ist Präsidentin der Vereinigung Schweiz-Vietnam.

Mehr Informationen: www.vsv-asv.ch



us-amerikanischer krieg in vietnam
 befreiung und solidarität von 1954-1975

50 jahre befreiter süden

gedenveranstaltung – mit blick auch in die gegenwart und zukunft

freitag, 23. mai ab 18h im gemeinschaftsraum abz
 gertrudstrasse 99, 8003 zürich, apero um 18 uhr, vorträge ab 19 uhr

